# Das Westphälische Dampfboot.

## Eine Monatsschrift.

Redigirt

von

**Dr. Otto Lüning.**



Zweiter Jahrgang.

December.




Preis pro Jahr 2 Thlr. 15 Sgr.



**Bielefeld, 1846.**

Verlag von A. Helmich. — Druck von J. D. Küster, Witwe.

Aufgeschnittene Exemplare werden unter keiner Bedingung zurückgenommen.



# Das Westphälische Dampfboot.



## Eine Monatsschrift.

Redigirt

von

Dr. Otto Lüning.



Zweiter Jahrgang.



Bielefeld, 1846.

Verlag von A. Helmich. — Druck von J. D. Küster, Witwe.

# Inhaltsverzeichniß.

## Januar.



## Februar.



## März.



## April.



## Mai und Juni.



## Juli.

## August.



## September.



## October.



## November.



## Dezember.

# Requiescat!

Von Ferdinand Freiligrath.

Wer den wucht'gen Hammer schwingt;
Wer im Felde mäht die Ähren;
Wer ins Mark der Erde dringt,
Weib und Kinder zu ernähren;
Wer stroman den Nachen zieht;
Wer bei Woll' und Werg und Flachse
Hinterm Webestuhl sich müht,
Daß sein blonder Junge wachse: —

Jedem Ehre, jedem Preis!
Ehre jeder Hand voll Schwielen!
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Mühlen!
Ehre jeder nassen Stirn
Hinterm Pfluge! — Doch auch dessen,
Der mit Schädel und mit Hirn
Hungernd pflügt, sei nicht vergessen!

Ob in enger Bücherei
Dunst und Moder ihn umstäube;
Ob er Sclav der Messe sei,
Lieder oder Dramen schreibe;
Ob er um verruchten Lohn
Fremden Ungeschmack vertire;
Ob er in gelehrter Frohn
Griechisch und Latein docire: —

Er auch ist ein Proletar!
Ihm auch heißt es: „Darbe! borge!“
Ihm auch bleicht das dunkle Haar,
Ihn auch hetzt ins Grab die Sorge!
Mit dem Zwange, mit der Noth
Wie die Andern muß er ringen,
Und der Kinder Schrei nach Brod
Lähmt auch ihm die freien Schwingen.

Manchen hab' ich so gekannt!
Nach den Wolken flog sein Streben: —
Tief im Staube von der Hand
In den Mund doch mußt' er leben!

Eingepfercht und eingedornt,
Ächzt' er zwischen Thür und Angel;
Der Bedarf hat ihn gespornt,
Und gepeitscht hat ihn der Mangel.

Also schrieb er Blatt auf Blatt,
Bleich und mit verhärmten Wangen,
Während draußen Blum' und Blatt
Sich im Morgenwinde schwangen.
Nachtigall und Drossel schlug,
Lerche sang und Habicht kreis'te: —
Er hing über seinem Buch,
Tagelöhner mit dem Geiste!

Dennoch, ob sein Herz auch schrie,
Blieb er tapfer, blieb ergeben:
„Dieses auch ist Poesie,
Denn es ist das Menschenleben!“
Und wenn gar der Muth ihm sank,
Hielt er fest sich an dem Einen:
„Meine Ehre wahrt' ich blank!
Was ich thu', ist für die Meinen!“

Endlich ließ ihn doch die Kraft!
Aus sein Ringen, aus sein Schaffen!
Nur zuweilen, fieberhaft,
Konnt' er noch empor sich raffen!
Nachts oft von der Muse Kuß
Fühlt er seine Schläfe pochen;
Frei dann flog der Genius,
Den des Tages Drang gebrochen!

Lang' jetzt ruht er unterm Rain,
Drauf im Gras die Winde wühlen;
Ohne Kreuz und ohne Stein
Schläft er aus auf seinen Pfühlen.
Rothgeweinten Angesichts
Irrt sein Weib und irrt sein Samen —
Bettlerkinder erben nichts,
Als des Vaters reinen Namen!

Ruhm und Ehre jedem Fleiß!
Ehre jeder Hand voll Schwielen!
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Mühlen!
Ehre jeder nassen Stirn
Hinterm Pfluge! — Doch auch dessen,
Der mit Schädel und mit Hirn
Hungernd pflügt, sei nicht vergessen!

---

# Armuth und Proletariat.

Beide werden nicht selten mit einander verwechselt; ein Proletariat wird häufig Ländern angedichtet, deren Entwickelung kaum erst das Mittelalter verlassen hat, welche so wenig die Vortheile wie die Nachtheile der neueren Civilisation in sich aufgenommen haben. Es kann daher wohl nicht als eine überflüssige fruchtlose Bemühung erscheinen, wenn wir es im Folgenden versuchen, die Hauptmomente des Unterschiedes zwischen Proletariern und Armen zu entwickeln. Daß es uns dabei auf eine haarscharfe theoretische Scheidung, wonach sie, wie die Schaafe und Böcke am jüngsten Tage, in zwei durchaus getrennte Heerden getheilt werden sollen, nicht ankommen kann, versteht sich von selbst; wo die proletarische Entwickelung bereits stattgefunden hat, gehen Paupers und Proletarier zu sehr in einander über, als daß solch eine Scheidung möglich wäre.

Die eigentliche Klasse der Armen beginnt mit Aufhören der Leibeigenschaft. Mit der Aufhebung dieser Fessel hatte auch das Interesse des Gutsherrn an dem Leben des Hörigen ein Ende. Die Besitzungen der kleinen freien Bauern wurde durch Theilung unter die Erben zersplittert, bis sie ihre Besitzer nicht mehr ernähren konnten, oder sie wurden einem einzigen Erben übertragen, und die übrigen Nachkommen, im glücklichsten Falle nur mit einem kleinen Abfindungskapitale ausgerüstet, mußten sehen, wie sie sich mit ihrer Hände Arbeit durch die Welt brächten. Auch die Abfindungen ruinirten oft noch den zurückgebliebenen Besitzer. — In den Städten bestand durch die Zünfte zwar ein besserer Zusammenhang unter den Handwerkern, welcher den Einzelnen vor dem schnellen Verarmen schützte; aber die Ausbeutung der Handwerke war auch nur einer kleinen Zahl Privilegirter vorbehalten. — So konnte es denn nicht ausbleiben, daß sich sowohl auf dem Lande, wie in den Städten die Zahl der Besitzlosen, welche nur auf ihrer Hände Arbeit angewiesen waren, rasch vermehrte. Wer von ihnen zur Arbeit unfähig wurde, fiel der öffentlichen oder Privat-Wohlthätigkeit anheim, wurde Armer, Pauper im eigentlichen Sinne. Zu ihnen gesellten sich diejenigen, welche ein freieres Leben der drückenden, knechtischen Arbeit vorzogen, und denen doch die Mittel zur eigenen Ernährung fehlten, die Arbeitscheuen und Vagabunden. Unter Heinrich's *VIII.* Regierung von England sollen Bettler und Vagabunden in Haufen von 300 bis 400 Mann plündernd die Ortschaften des Landes durchzogen haben. 72,000 große und kleine Diebe fanden unter seiner Regierung, welche sie mit unerbittlicher Strenge verfolgte, den Tod. Auch zur Zeit Elisabeth's schmückten jährlich einige Hundert dieser Klasse die Galgen des Landes, so daß man sich gezwungen sah, die Unterstützung der Armen zum Gegenstande der Gesetzgebung zu machen. Durch das Armengesetz von 1601 ward den

Gemeinden die Sorge für den Lebensunterhalt der Armen zur Pflicht gemacht. Die Arbeitsunfähigen sollten unterstützt, den Arbeitsfähigen Arbeit verschafft werden. — In Deutschland waren bei der großen Zerrissenheit des Landes natürlich solche allgemeine Verordnungen nicht möglich. Die Unterstützung der Armen blieb rein Sache der Privatwohlthätigkeit. Wo Klöster bestanden, fiel sie großentheils diesen anheim. Die frommen Mönche machten es, wie noch heut zu Tage viele Fromme, welche die Wohlthätigkeit als die erhabenste Tugend preisen, um derentwillen schon allein das Elend nicht aus der Welt geschafft werden dürfe; sie saugten das Fett des Landes aus, und theilten bereitwillig die übrig gebliebenen Brosamen ihrer üppigen Tafel unter die Ausgesogenen und Beraubten. Die Vagabunden wurden in die Heere eingesteckt, welche die Fürsten für ihre immerwährenden Kriege aus allem möglichen Gesindel zusammenwarben, oder konnten sich bei den überall nahen Grenzen leicht der gesetzlichen Strafe entziehen. Für Deutschland änderte sich dieser Zustand erst mit den sogenannten Freiheitskriegen, während in England durch die Entwickelung der Industrie schon viel früher eine vollständige Revolutionirung der ganzen Gesellschaft vor sich ging.

Sie begann mit der Erfindung der Jenny, der ersten Spinnmaschine, 1764, der in kurzen Zwischenräumen viele andere folgten. Sie zerstörte vollständig die alten patriarchalischen Zustände, sammelte die Arbeiter an einzelnen Konzentrationspunkten, und schaffte diejenige Arbeiterklasse, welche wir jetzt unter dem Namen des Proletariats kennen, ein Name, der von Vielen fälschlich auf alle Armen und Besitzlosen ausgedehnt wird. Ebenfalls auf die Arbeit ihrer Hände angewiesen, wurden sie aber in die Schwankungen des Handels mit hineingerissen, wechselten zwischen verhältnißmäßigem Wohlleben und drückender Noth. Nicht so entkräftet und entnervt, wie der stets in gleichem Elende schmachtende Arme, durch ihre Beschäftigung nicht von einander getrennt, sondern stets in großer Zahl beisammen, vereinigten sie sich bald zu einer gewaltigen Opposition gegen ihre Unterdrücker, eine Opposition, deren Gefahr für die herrschende Klasse zunahm mit der Intelligenz, die sich unter dem Proletariate bald mehr und mehr verbreitete. Sie lernten ihre eigenen Interessen kennen und von denen der Bourgeoisie scheiden. Auch ist diese Entwickelung nicht bei den eigentlichen Industrie-Arbeitern stehen geblieben, sondern hat sich auch auf die Arbeiter der andern Arbeitszweige und selbst auf die Ackerbautagelöhner, welche ihr wegen ihrer Vereinzelung am wenigsten zugänglich waren, ausgedehnt. — In Deutschland haben wir ein solches Proletariat nur in den wenigen industriellen Bezirken, und auch dort ist seine Bildung noch weit hinter der des englischen zurückgeblieben. Es steht vielmehr vereinzelt, hat nicht die Freiheit der Bewegung, wie dort, und in dem deutschen Bourgeois einen noch nicht so ausgebildeten und mächtigen Gegensatz. Auch haben beide noch

gegen gemeinschaftliche Schranken anzukämpfen, die dann gar leicht als die Ursache alles Elendes und Druckes angesehen werden. Die wirkliche, materielle Entwickelung Deutschlands ist überhaupt eine solche bruchstückweise, eine solch lokale, daß wir nicht allein in jedem Lande und Ländchen, sondern fast in jeder Provinz andre Verhältnisse und andre Gegensätze finden. In einzelnen Gegenden steht der Bauer in einem Verhältnisse zum Gutsherrn, das von der Hörigkeit nicht weit entfernt ist, während er in andern von allen Lasten befreit in unmittelbarem Verhältnisse zum Staate steht; in den Städten haben wir alle Übergänge vom alten Zunftzwange bis zur vollkommenen Gewerbefreiheit. Hätte Deutschland eine rein nationale Entwickelung durchzumachen, wie Frankreich und England, Jahrhunderte würden wir noch gebrauchen, um diesen nachzukommen. Aber mit jedem Tage macht sich der internationale Einfluß dieser vorgeschrittenen Länder mehr geltend und er wird es ohne Zweifel möglich machen, daß wir, wenn auch keine Phase ihrer Entwickelung geradezu überspringen, diese doch in viel kürzerer Zeit durchlaufen werden. Ohne die fremde Konkurrenz sähen wir nicht so rasch jenes Netz von Eisenbahnen ganz Deutschland überziehen. Sie, auf deren Schienen einst die letzten Ritter von der traurigen Gestalt, die unglücklichen Verfechter längst untergrabener Zustände zu Tode gehetzt werden, fangen schon während ihres Entstehens an, dem alten Regime verderblich zu werden. Ein neues Proletariat wird durch sie geschaffen, auch in den Gegenden, bis wohin die Industrie ihre Vorposten noch nicht ausgesandt hat. Mit verhältnißmäßig besserm Lohn, als sie bei ihren gewöhnlichen Beschäftigungen finden, sind die Arbeiter an vielen Orten zu Hunderten versammelt. Kräftige Kost und gesunde Arbeit wecken den Muth in der Brust Vieler wieder, die der immerwährende Mangel schon entkräftet hatte. Wer der Unterdrückung früher nur stilles Dulden entgegenzusetzen wußte, tritt jetzt kühn für sein Recht in die Schranken. Die vielen kleinen Aufstände und Unruhen belehren uns hinreichend, daß ein andrer Geist in diesen Regionen herrscht, wie noch vor Kurzem. — Doch die Eisenbahnen gewähren nur für kurze Zeit Beschäftigung. Ist auch nicht vorauszusehen, daß es mit dem Bauen so bald ein Ende haben wird, so werden doch die Bauplätze bald hier, bald dort sein. Der ledige Arbeiter kann folgen, und braucht nicht unter diesem Wechsel zu leiden, seine wenigen Habseligkeiten sind bald von einem Orte zum andern geschafft. Was soll aber mit dem ansässigen werden, der durch Weib und Kind fester an die Scholle gebunden ist? Zurück in die alte Beschäftigung? Sein Platz ist ausgefüllt, und die Zahl der Konkurrenten noch gestiegen. Man hat häufig den Vorschlag gemacht, der Staat solle durch öffentliche Bauten die brodlos gewordenen Arbeiter wieder beschäftigen. Gesetzt auch, der Staat oder die Regierung habe die Mittel dazu, wie lange soll das ausreichen? Es ist eine

alte Erfahrung, daß mit dem materiellen Wohlbefinden des Arbeiters die Bevölkerung weit schneller zunimmt, als in schlechten Zeiten; man würde also beständig für die Vermehrung der Arbeit sorgen müssen, und gar bald durch die That überzeugt werden, daß man seine Zuflucht nur wieder zu einem neuen Palliativmittelchen genommen, welches das Übel höchstens nur eine Spanne weit hinauszuschieben im Stande war. Es kann nicht ausbleiben, daß sich die „überflüssige Bevölkerung“, zu deren Vernichtung englische Nationalökonomen selbst vor den teuflichsten Mitteln nicht zurückbebten, auch bei uns mehre, daß die Zahl derjenigen, welche auf die öffentliche Wohlthätigkeit angewiesen sind, unverhältnißmäßig steigt. Ob auch unsre Armengesetzgebung sich dann bis zur Höhe der englischen emporschwingen wird, das müssen wir abwarten, daß sie strenger werden wird, wie jetzt, besonders wenn die Bourgeoisie zu größerer Macht gekommen, läßt sich wohl mit Bestimmtheit voraussagen.

In England mehrte sich mit der Entwickelung der Industrie und des Proletariates auch die Zahl der Armen. Durch die neuen Erfindungen wurden viele Hände überflüssig gemacht; wurde dieses im Anfange auch zum Theil durch vermehrte Produktion aufgewogen, so überstieg der Andrang von Arbeitern doch bald das Bedürfniß, die Bevölkerung vervielfachte sich schneller bei dem engen Zusammenleben, durch die anstrengende, einförmige Thätigkeit wurde der Arbeiter früher invalide, als bei der wechselnden Beschäftigung im patriarchalischen Zustande, und in den Krisen trat noch die ganze Zahl der brodlos gewordenen Arbeiter in die Reihen der Unterstützungsbedürftigen. Dazu kam die Wirkung des alten Armengesetzes, welche sich auf dem Lande am ärgsten zeigte. Hier wurde durchgängig ein so niedriger Lohn gezahlt, daß er zum Unterhalte des Arbeiters nicht ausreichte, das Fehlende ward aus der Armenkasse zugeschossen, so daß die wöchentliche Unterstützung von den Armen vollständig als ein Recht gefordert wurde. Vom Jahre 1776 bis 1831 war die Armentaxe für England und Wales von 1,694,458 Pfd. St. auf 8,339,087 Pfd. St. gestiegen; 1801 betrug sie bei einer Bevölkerung von 8,872,980 Einwohnern 4,078,891 Pfd. St.; 1831 wurden 1,276,620 Arme unterstützt, so daß auf 7 Nichtarme ungefähr 1 Armer kam. Der Bourgeoisie wurde diese Last zu groß, sie hatte keine Lust, eine Bevölkerung zu unterhalten, von der sie keinen Nutzen zog. In dem Kommissionsberichte über das alte System der Unterstützung heißt es: „daß es ein Hemmniß der Industrie, eine Belohnung für unüberlegte Heirathen, ein Stimulus zur Vermehrung der Bevölkerung sei, und den Einfluß einer vermehrten Volkszahl auf den Arbeitslohn unterdrücke (dieser ließ sich mit wahrem Nutzen für die Bourgeoisie nur so weit herabdrücken, bis die Armenkasse eingreifen mußte); daß es eine Nationaleinrichtung sei, um die Fleißigen und Ehrlichen zu entmuthigen, und die Trägen, Lasterhaf-

ten und Überlegungslosen zu beschützen.“ Wahr mag es immerhin gewesen sein, daß Manche es vorzogen, von Unterstützungen und Nichtsthun, statt von ihrer Hände Arbeit zu leben; bei der Sklavenarbeit, zu der jetzt der Besitzlose, zumal der ungebildete Arbeiter verdammt ist, darf man sich nicht darüber wundern. Die Bourgeoisie, welche nur ihr eignes beeinträchtigtes Interesse im Auge hatte, mußte darin nothwendig ein Verbrechen sehen, und dieser Ansicht entsprechen auch vollständig die Mittel, welche sie dagegen ergriff. Das neue Armengesetz vom Jahre 1834 ist ein Strafgesetz für die Armuth; mit ihm entstanden die berüchtigten *Work-houses*, die, schlimmer als Gefängnisse, die Armen zwingen sollten, lieber zu verhungern, als auf Abgabe von dem „wohlerworbenen Verdienste“ des Reichen Anspruch zu machen. Doch auch selbst diese Abschreckungsmittel reichen nicht aus, im Jahre 1837 war die Armentaxe zwar bis auf 4,044,471 Pfd. St., also ungefähr auf die Hälfte des früheren Betrages gesunken, aber seitdem ist sie wieder in einem immerwährenden Steigen begriffen. — Bei uns haben die Armen Heimathsrechte und die heimathliche Gemeinde hat, wie nach dem früheren englischen Armengesetze die Verpflichtung, ihre Armen zu unterhalten. Aber in der Praxis wird diese Unterhaltung nur auf die ganz Arbeitsunfähigen ausgedehnt und ist auch da so kärglich zugeschnitten, daß davon die Subsistenzmittel unmöglich bestritten werden können; in Berlin beträgt die monatliche Unterstützung höchstens 2 Thlr. und die Formalitäten sind so drückend, die Weitläufigkeiten so groß, daß die Noth bis auf den höchsten Gipfel gestiegen ist, bis die kärgliche Unterstützung bewilligt wird. In kleineren Städten ist die Unterstützung natürlich noch geringer. Arbeitsfähige werden, gleichviel ob sie Arbeit haben oder nicht, nur ausnahmsweise, sparsam unterstützt. Es soll ihnen zwar Arbeit verschafft werden, aber man weiß, wie das geht. Die Armensteuer wird mit der Kommunalsteuer umgelegt; auch wird die Privat-Wohlthätigkeit wohl durch freiwillige Beiträge in Anspruch genommen. Manche Städte besitzen durch Vermächtnisse Armenfonds; in der Regel hat auch die katholische und die pietistische Geistlichkeit derartige Fonds disponibel und man kann sich denken, nach welchem Modus sie die Vertheilung vornimmt, und welche Zwecke sie dabei zu erreichen sucht. — Das neue Bettlergesetz in Preußen ist der erste Fortschritt zu einem strengeren Verfahren gegen die Armen. Und doch sieht es, wie gesagt, im Ganzen mit der Unterstützung schon sehr traurig aus; sie ist meistens so ärmlich und oft so schwer zu erlangen, daß trotz derselben Mancher im Elende umkommt. Die Presse hat in neuerer Zeit mehrere derartige Beispiele an’s Licht gezogen, die meisten bleiben aber natürlich unbekannt. So geradezu am Hunger sterben wohl nur Wenige, aber an den Folgen des Hungers, an Entkräftung und daraus entstehenden Krankheiten genug. Englische Zustände haben wir freilich noch nicht, aber

auch keine, welche wir ihnen prunkend gegenüber stellen können, wie es die gute Presse zu thun liebt, wenn sie ihrer Polemik gegen eine freiere Entwickelung besondern Nachdruck geben will. **J. Weydemeier.**

---

## Englands Zustände, Politik und Machtentwickelung mit Beziehung auf Deutschland.

Seit Engels' Buch über England ein grelles, aber deshalb nicht minder wahres Licht geworfen, ist man nicht mehr gewöhnt, Urtheile über englische Größe und Hoheit, wie sie früher Dahlmann brachte, ruhig hinzunehmen. Das Gewicht, das man bisher auf politische Macht und gesetzliche Freiheit legte, ist bedeutend gesunken; diese Macht und diese Freiheit sind zu schwach, um die Geburts- und Geld-Aristokratie länger zu schützen, zu schwach, um die letzten Klassen des Volks aus ihrer Erniedrigung zu ihrer menschlichen Höhe und Berechtigung emporzuheben. Man hat einen Hauptfehler in der geschichtlichen Darstellungsweise begangen, indem man die bestehenden Verhältnisse darstellte, insofern sie existirten, und nicht, insofern sie existiren konnten.

G. Höfken, der Verfasser eines unter vorstehendem Titel vor Kurzem erschienenen Werkes (Leipzig bei Mayer), beabsichtigt „Deutschland in den Lichtseiten der britischen Zustände einen Brennspiegel vorzuhalten, zur Anregung seines Wetteifers auf der großen Entwickelungsbahn, die England nun schon seit Jahrhunderten mit immer schönern Erfolgen betreten hat.“ Er stellt England als Vorbild dar, bei dem wir in die Schule gehen könnten. Wir sollen uns als Deutsche bestreben, da wir über dreihundert Meilen Meeresküste besitzen, ein Seevolk erster Größe zu werden. Wir seien zwar nicht ohne Fortschritt geblieben: der Zollverein und die Rheinbegeisterung von 1840, jene Zeichen von „deutscher Wohlfahrt und Macht“ und von „Nationalgefühl“, bilden die Anhaltspunkte unsrer Größe. Wir wenden uns zuerst zu der Aristokratie. Der englische Adel ist „der Mehrzahl nach liberal in der Anwendung des Vermögens (vergl. die Armentaxe, die Haushaltungen, die Reisen im Auslande), in der Liebe zur Literatur (Schelley's herrliche Poesien und Strauß's „Leben Jesu“ werden nur von den Arbeitern gelesen), in einem aufgeklärten Verständnisse der Freiheit (Brieferbrechungen, Subsidien, Gewehrfeuer auf das hungernde Volk); er ist groß und heilsam als Bollwerk gegen Übergriffe des Throns auf der einen, auf die entfesselte Wuth des Demos auf der andern Seite, besonders noch durch den aufgeklärten Patronat, den er über die Anliegen der Volkswirthschaft übt.“ Wie stimmt damit, was unmittelbar darauf folgt? „Aber er hauptsächlich repräsentirt die britische Selbstsucht, er verschuldet das bis jetzt freilich immer nur vorübergehende (!) Elend zahlreicher Arbeiterklassen, beson-

ders die traurigen Zustände Irlands, dessen Leichnam er während acht Jahrhunderten mit sich schleppt, ohne dessen geistige Wiederbelebung ernstlich versucht zu haben." Sehr wahr ist was Lord Brougham sagt und Herr Höffen Verblendung nennt, alle die Standreden und Versammlungen in der Nachbarinsel für die Repeal seien nur Schall und Rauch, die Agitatoren machten blos Lärm, um Geld zu bekommen, und wenn auch nicht zu läugnen, daß Irland Beschwerden habe, so erwachse doch der größere Theil davon aus Mißbräuchen, welche Gesetzgeber nicht zu heilen wüßten." O'Connell ist das Muster eines Advokaten; nachdem er sich ein jährliches Einkommen von mehreren tausend Pfunden gesichert, streicht er das Segel und erklärt, die neue Whigregierung werde den Beschwerden der Irländer abhelfen, man solle die Ruhe nicht mehr stören. Dabei wird das Elend täglich entsetzlicher. Es scheint als ob das Unabhängigkeitsgeschrei nur dazu hätte dienen sollen, dem großen Agitator ein sicheres Einkommen zu verschaffen. Nachdem man hinter die Schliche des alten Advokaten gekommen, hat sich eine neue Partei gebildet, unabhängig von den Repealern, welche durch wirksame Schritte eine soziale Umgestaltung, die Aufhebung des Elends zu erreichen strebt. Sehr wahr bemerkt ferner Brougham: "diese Übel haben ihre Quelle im gesellschaftlichen System und in der Vertheilung des Eigenthums — Übel, welche selbst der Wahnsinn der irischen Agitatoren nicht zu berühren gewagt hat." Nicht als ob Herr Höffen dieses Übel läugnete, er erkennt "die Unvereinbarkeit der Geldinteressen mit den Arbeitsinteressen", welche unserm Zeitalter die Aufgabe der Arbeitsorganisation stelle, d. h. die Aufgabe, die innern Widersprüche zwischen Kapitalprofit und Arbeitslohn dadurch zu lösen, daß die Arbeit in organischen Verband mit dem Kapital, wo möglich auch mit dem Eigenthum, gebracht werde. Wie kann aber bei der oben zugestandenen Unvereinbarkeit der Geldinteressen mit den Arbeitsinteressen von einem organischen Verband der Arbeit mit dem Kapital die Rede sein!

Durch größere Vertheilung und entsprechende Bewirthschaftung des Bodens würde nach des Verfassers Meinung nicht allein der Noth der Arbeiter, sondern auch den Gefahren ihrer Verbindungen und großer Handelskrisen abgeholfen und der demokratischen Bewegung der Arbeit gleichsam ein erhaltendes Princip eingehaucht werden. Diesem "Gleichsam" dürfte es indeß an Wirklichkeit sehr ermangeln, denn was sich bewegt, ist außer Stande etwas Erhaltendes in sich aufzunehmen. Es ist interessant die Zunahme der verschiedenen Gewerbe zu betrachten, die sich in folgendem Maaßstab herausstellt:

| | 1831 | 1841 | Zunahme | Abnahme |
|---|---|---|---|---|
| 1) In Agrikultur | 1,251,751 | 1,215,264 | — | 36,487 |
| 2) In Handel, Gewerben und Manufakturen . . | 1,572,292 | 2,029,409 | 467,117 | — |

| | 1831 | 1841 | Zunahme | Abnahme |
|---|---|---|---|---|
| 3) Lohnarbeiter (mit Ausschluß der im Feldbau) | 611,744 | 610,157 | — | 1,587 |
| 4) Kapitalisten, Wechsler, Fachgelehrte und andere Personen höherer Ausbildung . . . . . . . | 216,263 | 286,175 | 69,912 | — |
| 5) Andere männliche Bewohner . . . . . . . | 237,337 | 392,211 | 54,874 | — |
| 6) Häusliche Diener . . | 79,737 | 164,384 | 84,674 | — |

Die Thatsachen des furchtbaren Elends sind meist schon bekannt, Höfken berechnet, daß in einem einzigen Londoner Bezirke, Hannover-Square, 929 Familien nur Eine Stube, 408 zwei, 94 drei, 17 vier, 8 fünf, 4 sechs, 1 sieben und 4 acht Räume, 623 Familien nur Ein Bett, 638 zwei, 154 drei, 21 vier ꝛc. haben.

Herr Höfken behauptet, die Bedingungen der Arbeit ließen sich nicht auf eine künstliche und gewaltsame Art feststellen, und gleich darauf heißt es, wenn man die allgemeinen Verhältnisse und Gesammtzustände der Völker materiell und sittlich verbessere, so würde die Aufgabe der Arbeitsorganisation auf die angemessenste Weise gelöst: eine Wahrheit, welche von den consequenten Sozialisten vollständig anerkannt wird.

Eine kurze Übersicht der Bevölkerung dürfte hier an ihrer Stelle sein. Die Zahl der Landbebauer, Viehzüchter, Gärtner (*incl.* Lohnarbeiter) betrug im Jahr 1841 1,499,278, die Zahl der Kaufleute, Gewerbtreibenden und Manufakturisten 3,110,376, die der Lohnarbeiter verschiedener Zweige (Bergleute, Steinhauer, Sprützenleute, Arbeiter bei den Gaswerken, Eisenbahnen, Docken, Kanälen, Fischweiber, Weggeldeinnehmer ꝛc.) 761,868, das Landheer zählte (sammt den ostindischen und den auf Halbsold gesetzten Militairs) 131,464, die Bemannung der königlichen Flotte und Handelsmarine (nebst Fischern und Bootsleuten) 288,630, die Fachgelehrten (Geistliche, Rechtsgelehrte, Ärzte, Chirurgen, Apotheker) 63,184, gebildete Personen verschiedenen Berufs 142,836, Civilbeamte der Regierung 16,959, Gemeinde-Stadt- und Kirchenbeamte (nebst Polizei) 25,274, häusliche Dienerschaft 1,165,233, unabhängige Personen 511,440, Irre, Gefangene, Pensionäre 300,026, Kinder und Frauen 10,997,865.

Im Ganzen über 6,800,000 Arbeiter, welche von der Willkür der Besitzenden abhängen. Dabei zahlt England über 210 Millionen Thaler Zinsen für die in den Kriegsjahren erhobene Schuldenlast, es zahlt ferner an Grundzins über 600 Millionen Thaler an die Aristokratie. Wer zahlt es? Der Pächter, mittelbar der Arbeiter.

Die Einnahmen des englischen Staates betrugen 1844:

| | |
|---|---|
| an Zollabgaben für gebrannte Wasser, Malz und Hopfen, Wein, Zucker und Melasse, Thee, Kaffee, Rauch- und Schnupftabak | 203,286,503 Thlr. |
| an Getreidezöllen | 7,688,681 " |
| an sonstigen Steuern | 66,750,285 " |
| an Stempelgebühren | 51,294,621 " |
| an Grund-, Fenster-, Gesinde-, Pferde-, Wagen-, Hundesteuer, Zuschlag ꝛc. | 31,009,090 " |
| an Posteinkommen | 11,935,466 " |
| an Eigenthums- und Einkommensteuer | 37,307,207 " |
| an Ertrag der Kronländereien | 3,081,081 " |
| an sonstigen Einkünften | 2,762,186 " |
| an Kontribution von China | 2,695,056 " |
| | = 417,810,186 Thlr. |

Die Ausgaben betrugen in demselben Jahre:

| | |
|---|---|
| Öffentliche Schuld | 213,407,047 Thlr. |
| Beamtengehalt | 33,024,187 " |
| Civilliste nebst Anhängsel | 11,327,855 " |
| Militär | 97,728,715 " |
| Diplomatie | 2,664,263 " |
| Auswärtige Militärkosten | 2,917,299 " |
| Prämien, Bauten, Kronländereien, Postwesen, Quarantäne ꝛc. | 24,663,172 " |
| | = 385,732,536 Thlr. |

Der Verfasser führt als der Herrschaft entgegenstrebende Parteien an: die Freatraders, d. h. die Antikorngesetzler unter Richard Cobden, der jetzt endlich auch ein tüchtiges Einkommen durch seine politischen Tiraden sich erworben. Diese Partei wird von den wohlhabenden Fabrikanten und Kaufleuten gebildet. Die Radikalen unter Josef Sturge trennten sich 1842 von den Chartisten, sie wollen freien Handel und allgemeines Wahlrecht. Ihre Zahl ist gering. Endlich die Chartisten, welche gleichfalls das allgemeine Wahlrecht, aber nur als Mittel zu einer sozialen Reorganisation verlangen, unter Feargus O'Connor und Julian Harney, dem Redakteur des Northern Star, mit den entschiedenen Kommunisten (?) aus Owen's Schule. In allen diesen verschiedenen Kreisen des Volkes, sagt Höfken, bereiten sich nun Männer zur Seite der aristokratischen Whigs und Tories für die Ministerialgewalt vor, um die großen Maßregeln, welche das Volk unverweigerlich fordert, gegen die aristokratischen Sonderinteressen mit der Zeit durchsetzen zu helfen. Freilich wird mit dem ersten demokratischen Minister, d. h. einem solchen, der durch die demokratischen Parteine

ins Kabinet gehoben worden, eine neue Zeit für England hereinbrechen, wo seine Constitution einer Erschütterung vom Grunde bis zum Gipfel zu trotzen haben dürfte."

Die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer gewähre allein nicht das "Heilmittel gegen die von Jahr zu Jahr mehr hervortretenden Mißverhältnisse in der Vertheilung des Reichthums, gegen den schroffen Gegensatz zwischen einer kleinen Anzahl Reicher und den Millionen Proletariern", nein, diese Einkommensteuer ändert nichts am Alten. Auf diese Steuer und auf das Sparkassenwesen, wenn es auch noch so sehr die allgemeine Sittlichkeit und Industrie förderte, legt der Verf. ein allzu großes Gewicht. Wir führten weiter oben an, wie er die Unmöglichkeit der Vereinigung der Geldinteressen mit den Arbeitsinteressen abwechselnd zugibt und läugnet, er wiederholt dies im 2. Bande, wo er der Schrift eines gewissen Kleinschrod erwähnt (die von Engels existirt für ihn gar nicht!), mit der Beweisführung der Nothwendigkeit eines staatlichen Einschreitens, einer "festen gesetzlichen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse". Ein Werth läßt sich für die Arbeit nicht bestimmen, da es für sie keinen Maßstab gibt, und jedes Gesetz über die Arbeitsverhältnisse ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit. Eines solchen Widerspruchs macht sich Derjenige um so mehr schuldig, der Handelsfreiheit und "Arbeitsorganisation" in Einem Athem fordert. Eine Armengesetzgebung ist gerade kein ehrenvolles Zeugniß für einen Staat, und paßt wenig zu dem Glanze politischer Macht. Nicht der Zustand der Verarmung bringt "Entsittlichung", sondern der Zustand der Lohnarbeit, welche die Besitzlosen zu Sklaven der Besitzenden macht. Es ist Schade um die Mühe, die sich Herr Höfken nimmt, indem er auf beinahe hundert Seiten die englische Armengesetzgebung behandelt. Er verräth viel Eifer, aber wenig Nachdenken. Es ist nicht abgeschmackt, Herr Höfken, dem deutschen Publikum unaufhörlich das Schreckbild der englischen Proletariernoth vor Augen zu halten: solche Beispiele sollten am ersten dazu dienen, andere Länder von dieser Bahn zurückzuhalten. Um so schlimmer, wenn sie es nicht thun! Wenn auch die angegebenen Mittel nichts helfen gegen die Noth, welche dem gesellschaftlichen System entspringt, so wird doch das von Ihnen vorgeschlagene Mittel noch weniger helfen. Ein zahlreicher Stand von kleinen selbstständigen Landbesitzern nebst einer freien Gestaltung der kirchlichen Zustände kann dem Pauperismus nicht entgegenwirken, ihn vielmehr wegen der Zerstückelung des Güterbesitzers nur allgemein machen. Größeres Elend und größere Dummheit, wie bei den deutschen Häuslern, kleinen Bauern, ist nicht leicht zu finden, und dieses Schicksal will Herr Höfken dem Arbeiter bereiten, der bei seiner Besitzlosigkeit meistentheils immer noch weit glücklicher daran ist als Jener.

Überblicken wir Höffens ganzes Werk, so ist nicht zu läugnen, daß ein

unendlicher Fleiß und eine gute Gesinnung dasselbe auszeichnet. Wer die jetzigen politischen Zustände des britischen Reiches studiren will, der kann sich aus seinem Werke Raths erholen. Der Lage (nicht den speziellen Armuthsverhältnissen) und den Ansprüchen der Volksmassen, wie sie sich jetzt geltend zu machen suchen, ist so wenig als möglich Berücksichtigung geschenkt; die Entwickelung des Chartismus, der sich über Millionen verbreitet und wie der Verfasser bereitwillig gesteht, bereits eine große Bedeutung erlangt hat, wird auf drei Seiten abgemacht. Nur das mehrfach erwähnte Buch von Engels „die Lage der arbeitenden Klassen in England. (Leipzig, 1845)“ kann das Verständniß der Lage Englands ergänzen. Erst kürzlich haben vorbereitende Versammlungen der Chartisten in Leeds und Manchester stattgefunden, und eine neue Petition an das Parlament ist zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzt worden. So wenig auch von einem unmittelbaren Erfolg dieser Petition etwas zu erwarten steht, so wird ihre Wirkung doch keine vorübergehende sein. Man hofft gegen vier Millionen Unterschriften zu erhalten. Sie verdient ihrer Wichtigkeit halber eine Stelle zu Ende dieses Artikels:

## National-Petition für Annahme der Volkscharte.

Den ehrenwerthen Mitgliedern des versammelten Hauses der Gemeinen Großbritanniens und Irlands.

Wir, Endesunterzeichnete, Bewohner der britischen Inseln und Unterthanen des vereinigten Königreiches, fordern, in Gemäßheit unserer verfassungsmäßigen Rechte, Ihre ehrenwerthe Versammlung auf, unseren politischen Rechten und Freiheiten Beachtung zu schenken, in der Hoffnung, daß Sie dieselben so würdigen, wie es die Wichtigkeit der einen und die Bedeutung der anderen von den Hütern der bürgerlichen, sozialen und religiösen Rechte des Volks erfordert.

Wir erklären, daß alle Regierungs-Institutionen die Erhaltung des Lebens, die Sicherheit des Eigenthums, die Verbreitung der Erziehung und Sittlichkeit und die Verallgemeinerung des Wohlstandes unter allen Klassen bezwecken müssen.

In unsern Augen hat eine gleichmäßig geordnete Regierung keine andere rechtliche Grundlage, als die Meinung der ganzen erwachsenen männlichen Bevölkerung, die sich durch Ausübung des Wahlrechts offenbart.

Das Recht für jeden vernünftigen Menschen, sich im Parlament vertreten zu lassen, scheint uns auf die Gesetze Gottes und der Natur in gleicher Weise begründet. Daß ein Mensch von seines Gleichen dieses Rechtes beraubt und daß eine solche That geduldet wird, das däucht uns einerseits Ungerechtigkeit und Tyrannei, andrerseits Entwürdigung und Knechtschaft.

Wir betrachten die Reformbill als ungerecht, insofern sie nur einem Siebentel der erwachsenen männlichen Bevölkerung die bürgerlichen Rechte

zuertheilt und die andern sechs Siebentel mit dem Stempel politischer Unmündigkeit brandmarkt.

Das bezeichnete System unterwirft sechs Menschen der Willkür, der Laune, — der Herrschsucht eines einzigen! Es gibt nicht allein einer schwachen Minderheit der Nation das Übergewicht, sondern bekleidet auch in dieser kleinen das Wahlrecht genießenden Anzahl eine Minderheit mit der Vollmacht, die Mehrheit der Mitglieder Ihrer ehrenwerthen Versammlung zu erwählen.

Wir haben nie einen einzigen gültigen Grund für Aufrechthaltung dieses Repräsentativ-Systems anführen hören, und die Beweise gegen Zulassung des Volks an den Rechten, welche der gesellschaftliche Vertrag Allen garantiren sollte, gründen sich auf Egoismus, Vorurtheile und falsche Vorstellungen.

Wir glauben, daß das Wahlrecht keine Vertrauenssache ist, wie man vorgegeben, sondern ein jedem Menschen zur Erhaltung seiner Person, seiner Freiheit, seines Eigenthums inwohnendes Recht, das er frei ausüben darf, ohne Hinderniß und Gegenwirkung von Seiten seines Nächsten.

Seit der Überzeugüng, daß das Princip des allgemeinen Stimmrechts auf jenen ewigen Menschenrechten beruht, welche bis jetzt verkannt, nichtsdestoweniger unveräußerlich und unaustilgbar sind, ersuchen wir Sie in unserm Repräsentativ-System solche organische Reformen einzuführen, daß dieses Princip der Grundstein werde, auf dem das Haus der Gemeinen Großbritanniens ruht.

Damit der Wähler einer vollkommenen Sicherheit in der Ausübung seines Rechtes genieße, verlangen wir, daß die Abstimmung zur Wahl der Parlamentsmitglieder auf dem Wege der Zettelangabe geschehe. Da es bekannt, welche drückende und verderbliche Gewalt Reichthum und Stellung auf den armen Wähler üben, hoffen wir die Reinheit der Wahlen und die Aufrichtigkeit der Repräsentation dadurch sichern zu können, daß wir die schützende Hülle der geheimen Abstimmung über die Wahl decken.

Die Ungleichheit, welche stets unter den Wahlbezirken herrscht, scheint uns dem gesunden Menschenverstande und einer aufrichtigen Volksvertretung zu widersprechen. Wir bitten Sie daher, diesem Fehler des Gesetzgebungs-Mechanismus durch eine Theilung des Grund und Bodens in gleiche Bezirke, davon jeder einen Vertreter erwähle, abzuhelfen.

Wir halten dafür, daß die Mitglieder der gesetzgebenden wie der vollziehenden Gewalt Diener des Volks sind, und folglich auf eine Entschädigung aus dem öffentlichen Schatze Anspruch haben; und da in unsern Augen das Haus der Gemeinen der Diener und nicht der Herr des Volkes sein darf, ersuchen wir Sie, daß Sie dessen Stellung genau bestimmen durch Festsetzung eines gleichmäßigen Gehalts für die Dienste eines jeden seiner Mitglieder.

Die siebenjährige Dauer des Parlaments däucht uns etwas Ungerechtes, insofern in sechs Jahren von sieben Diejenigen, welche alljährlich zu reiferem Alter gelangen, sich verhindert sehen ihr Stimmrecht auszuüben. Wir bemerken zugleich, daß sieben Jahre für die Dauer eines Parlaments einen allzulangen Zeitraum bilden, daß eine so lange Dauer den knechtischen feilen Seelen Gelegenheit bietet, ihre selbstsüchtigen Absichten auf Kosten des Volkes zu befriedigen, dessen Glück alle ihre Bestrebungen bezwecken sollten. Darum bitten wir Sie dringend, zwischen Vertretern und Vertretenen jene heilsame Verantwortlichkeit zu begründen, welche eine gute Regierung erfordert, und zu diesem Ende den alten wohlthätigen Gebrauch jährlicher Parlamente wiederherzustellen.

Wir finden es bedauerlich, daß man, um in das Haus der Gemeinen zu treten, Eigenthümer sein muß, denn wir haben es noch nicht begreifen können, daß die Gesetzgebungs-Wissenschaft der ausschließliche Besitz einiger Menschen sei. Folglich bitten wir Sie, das abzuschaffen, was man Wahlfähigkeit nennt.

Wir lenken ehrfurchtsvoll Ihre Aufmerksamkeit auf die sogenannte Volkscharte. Diese Charte (Verfassung), die wir dringendst als Reichsgrundgesetz angenommen wünschen, enthält die Principien und Eigenschaften, welche die gleichmäßige vollständige Vertretung der erwachsenen männlichen Bevölkerung sichern müssen.

Sollten Sie einige Zweifel über die Gerechtigkeit unserer Forderungen empfinden, so bitten wir ergebenst, sie durch einen Ausschuß oder Bevollmächtigten vor Ihrer ehrenwerthen Versammlung unterstützen zu dürfen.

**E. Weller.**

---

## Die Kassation des Divisions-Auditeurs Nikolai.

Im Jahre 1830 wurde mir die ehrende Auszeichnung zu Theil, daß man mich zum Mitarbeiter der Immediatkommission zur Revision der Militair-Gesetze ernannte. Mitglied dieser Kommission war auch der Herr General-Auditeur, mein Chef, und es widerfuhr ihm die Unannehmlichkeit, das mein, des Untergebenen, Entwurf eines neuen Militair-Strafgesetz-Buchs gedruckt und zur Diskussion gestellt, der seinige aber verworfen wurde. Dadurch wurde ich dem Herrn General-Auditeur unangenehm, und seine Gesinnung gegen mich artete in Haß aus, als bald darauf mehrere tadelnde Recensionen über ein von ihm geschriebenes Buch erschienen, und er die fixe Idee faßte, ich müsse dieselben geschrieben und verbreitet haben. Er vergaß sich endlich so weit, daß er dem Herren Geheimen Ober-Finanz-Rath v. Grunenthal und dem Herrn General-Direktor Spontini, welche sich beide zu ihm begeben hatten, um ihn von meiner Schuldlosigkeit zu über-

zeugen, mit den furchtbarsten Verwünschungen zuschwur, er werde mich mit Schimpf und Schande von meinem Amte und aus Berlin verjagen, und nicht eher aufhören, mich zu verfolgen, als bis ich mit Weib und Kind verhungert sei! Beweis-Anlage *A.* Zu dem Behufe erfolgte im Oktober 1838 die Anklage gegen mich, ich sei

*I.* verdächtig, mich auf strafbare Weise in Schulden verwickelt und

*II.* vor etlichen Jahren, als Witwer, ein unbescholtenes Frauenzimmer unter fremdem Namen, indem ich mich für einen Justizkommissair Jacobi ausgegeben, verführt zu haben; während dieses Frauenzimmer, eine Demoiselle Balke, welche damals schon 23 Jahre alt war, vor Gericht beschworen hat, daß ich ihr nie eine unlautere Zumuthung gemacht und außerdem feststeht, daß sie, ebenso vergeßlich als ungebildet, meinen Namen und Charakter irrthümlich verwechselt, daß ich ihr auf Befragen, wer ich sei, geantwortet, „ich heiße Nicolai und bin Justiz-Officiant, und sie aus Nicolai, Jacobi, und aus dem Justiz-Officianten einen Justizkommissair gemacht hat. (Die Verwechselung dieser beiden Namen ist mir nicht neu, da jeder derselben *o*, *a*, *i*, die Silbe *co* und ein Schluß-*i* enthält.)

Dennoch wurde ich unglücklicher Mann plötzlich auf Grund der Anklage vom Amte suspendirt, mit einer aus 15 Personen bestehenden Familie auf 24 Thlr. monatlich beschränkt und zur Untersuchung gezogen. Unter diesen Umständen erachteten die Herrn v. Grunenthal und Spontini für Ehrenpflicht, jenen Schwur zur Kenntniß des Königs zu bringen. Beweis Anlage *A.*

Der König übertrug die Fortsetzung der Sache dem Kammer-Gericht, und erklärte, daß er sich seinen Beschluß bis nach beendigtem Prozesse vorbehalte.

Sonach sah man ein, daß von meiner Verurtheilung oder Freisprechung das Schicksal meines Herrn Chefs abhängig sei. Die Untersuchung wurde daher mit furchtbarer Strenge fortgesetzt, der Kriminal-Direktor Dambach erhielt den Befehl, sie in Person zu führen, und es begann nun ein Verfahren gegen mich, welches den ersten Keim zu der Krankheit in mir entwickelte, die mich jetzt aufreibt.

Drei Jahre währte der Prozeß. Was ich gelitten, läßt sich nicht beschreiben. Ich sollte und mußte schuldig sein. Dennoch sah man sich genöthigt, mich sowohl *ad I* wie *ad II* mit Ehren völlig freizusprechen. Beweis die Gründe des Erkenntnisses 2. Instanz, welches mir im Februar 1843 publicirt wurde.

Da aber mein Rücktritt ins Amt bei dem Aufsehn, welches die Sache erregt hatte, unzuläßig erschien, so zog man ein Paar Nebenpunkte, die gar nicht zur Untersuchung gehörten, in den Kreis der Beurtheilung, und knüpfte daran meine Kassation.

Diese beiden Punkte sind, wie unglaublich es auch scheinen mag:

*a)* Als ich mich vor etlichen Jahren mit meiner zweiten Frau verheirathen wollte und mir die Mittel dazu fehlten, schrieb ich vertrauensvoll an einen höhern Staatsbeamten und Gönner, und bat ihn um ein Darlehn von 200 Thlr. zu diesem Behufe, mit dem Versprechen es in halbjährlichen Raten zurückzuzahlen. In der Überzeugung, daß es sich um mein Lebensglück handle, schrieb ich aus dem Herzen, und das überwallende Gefühl entriß mir die doch nur figürliche Redensart: ich umfasse Ihre Knie, mit dem Zusatze etwa „machen Sie zwei Menschen glücklich“.

*b)* Während der Untersuchung fragte mich Herr Dambach nach einer Schuld von 100 Thlr., und ich erwiederte: Sie ist so gut, als gar nicht mehr vorhanden, weil, wenn es mir gelingen sollte, dem Gläubiger irgendwo eine Anstellung auszuwirken (versteht sich, auf erlaubte Weise), er mir in meiner jetzigen Lage dankbar quittiren will.

In diesen beiden Thatsachen nun soll, wie meine Richter (übrigens nur mit Stimmenmehrheit einer Person) behaupten, sich eine so niederträchtige Gesinnung offenbaren, daß ich nicht länger dienen kann.

Mag darin eine Taktlosigkeit liegen; ein Mann, der, wie ich, 27 Jahre gedient und sich die *sub B* beigefügten, gewiß ganz vortrefflichen Zeugnisse über Qualifikation, Diensthätigkeit und Gesinnung erworben, hätte wahrlich auf eine milde Beurtheilung Anspruch gehabt; für einen solchen Mann wäre eine milde Belehrung, eine bloße Mißbilligung im Wege der Disciplin ausreichend gewesen.

Ich würde zum Beweise, daß durchaus nichts weiter gegen mich vorliegt, als die beiden Umstände *sub a* und *b*, gern das Erkenntniß beilegen; allein, wie sehr ich auch gebeten habe, mir eine Ausfertigung desselben zu meiner Rechtfertigung zu bewilligen, so ist es mir doch beharrlich abgeschlagen worden, und selbst der Herr Justiz-Minister hat mich mit einer Beschwerde deßhalb zurückgewiesen, weil in Kriminal-Untersuchungen Ausfertigungen der Erkenntnisse für die Angeschuldigten gesetzlich unzulässig seien.

Gleich nach Publikation des Erkenntnisses wandte ich mich an des Königs Majestät und flehte um Gerechtigkeit.

Nach 10 monatlichem Harren und nachdem ich wiederholentlich an mich und mein Gesuch in Ehrfurcht erinnert hatte, wurde mir endlich von dem Herrn Kriegs-Minister eröffnet: Seine Majestät werde mir gar nicht antworten. Beweis Beilage *b*.

Vergebens hat sich des huldreichen Prinzen von Preußen K. H. bei dem Herrn Kriegs-Minister um eine Pension von 200 Thlr. für mich verwandt, vergebens habe ich erst noch im vorigen Jahre, unter Überreichung eines Attestes Sr. Excellenz des Herrn Minister Rother, wonach mein seliger Vater dem Staate 800,000 Thlr. erworben, den König in Ver-

zweiflung angefleht, mir wenigstens aus diesem Gelde die Lebensnothdurft anweisen zu lassen; ich bin und bleibe dem Untergange geweiht.

Und so stehe ich unglücklicher Mann denn, nach 27jährigen, glänzend belobten Diensten, im vorgerückten Alter, mit zahlreicher Familie, vermögenslos, brotlos ohne Pension, ein Bettler da!

Dies ist mein Lohn.

Berlin, 1845. gez. **Nicolai.**

Anlage *A. Copia.*

*I.* Schreiben Spontini's und des Königlichen Geheimen Oberfinanz-Raths Herrn von Grunenthal an den Herrn General-Major von Lindheim, General-Adjutanten Se. Majestät (Übersetzung; Original Französisch.)

Mein Herr General!

Das Gefühl, womit ich Ihnen vertrauensvoll als Bittender nahe, ist dasjenige, welches Freundschaft, Mitleid, Überzeugung von Unschuld, Gerechtigkeit und ebenso der Abscheu mir einflößen, den ich über eine endlose gehässige Verfolgung empfinde, welche seit langen Jahren bereits eine unglückliche Familie trifft und dieselbe der äußersten Verzweiflung, einem sichern Untergange entgegenführt.

Seit 18 Jahren kenne ich den Herrn Auditeur Nicolai auf das Genaueste als einen sehr talentreichen Mann, welcher in seinem Amte vorzügliche Dienste geleistet; ich kenne ihn insbesondre als einen Mann von Ehre und Rechtschaffenheit ꝛc. ꝛc. Ich sage laut: Nicolai wird auf eine grausame Weise verfolgt, und ich beehre mich, mein Herr General, Ihnen hierüber in Nachfolgendem den Beweis darzulegen.

Im Monat Juni 1838 ꝛc. wollte ich einen Versuch machen, den furchtbaren Grimm des Herrn General-Auditeurs Friccius gegen ihn zu besänftigen und dessen unerbittlicher Rachsucht Einhalt zu thun. Zu diesem Endzweck suchte ich eine Unterredung bei ihm nach ꝛc., indem ich hinzufügte, daß ich von dem Herrn Geheimen Oberfinanz-Rath von Grunenthal begleitet sein würde. ꝛc.

Wir begaben uns also zu ihm, und nach einigen Äußerungen der Artigkeit ꝛc. begann ich zu Gunsten des Herrn Nicolai zu sprechen und zwar mit so vielen überzeugenden Gründen und so anschaulichen Beweisen über die vollkommene Unmöglichkeit, daß Nicolai die öffentlichen Beurtheilungen über den von ihm (Friccius) verfaßten Militair-Codex ꝛc. geschrieben haben könne, daß Herr Friccius, der sich nun sofort erbittert zeigte, meine Beweisgründe und Vernunftschlüsse nur durch Aufstellung sehr schwacher Vermuthungen zu bekämpfen im Stande war, indem er voll Zorn unabläßig wiederholte: Ich halte ihn für schuldig; er ist der Verfasser, das ist sicher und gewiß! ꝛc. Doch, setzte er hinzu, wenn Nicolai einwillige, ihm diejenigen Personen, welche ihn angereizt, gegen sein (Friccius) Militairrecht zu schreiben, offen zu nennen, so betheure er, der General-Auditeur, hiermit durch unabläßig wiederholte Eidschwüre, daß er abstehen wolle ꝛc. von der Untersuchung gegen Nicolai ꝛc., daß dieser sein ganzes Wohlwollen wieder erhalten solle ꝛc., daß er ihn im Amte befördern und überhaupt sehr glücklich machen werde. Der Herr Geheime-Rath von Grunenthal und ich wir empfingen, sehr erstaunt über eine solche Sprache, wohl zwanzig Mal diese eidliche Betheurung; allein wir machten ihm unausgesetzt bemerkbar, daß, da Nicolai die fraglichen Kritiken nicht verfaßt habe, dieser auch nicht im Stande sei, ihm seine vermeintlichen Genossen ꝛc. zu nennen.

Auf diese Bemerkung ereiferte sich Herr Friccius bis zur höchsten Wuth. Er schwur, daß er den Proceß aufs Äußerste verfolgen und Nicolai verderben werde, er schwur, daß derselbe sein Vergehen im Ge-

fängniß oder auf der Festung verbüßen solle, er schwur, daß er, wenn ihm dies nicht gelinge, Nicolai mit Schimpf und Schande von seinem Posten und aus Berlin fortjagen werde, möchte dieser auch darüber mit Frau, Kind, Vater und Mutter verhungern, er schwur endlich einen Krieg der Verfolgung und der niederschmetternden Vernichtung gegen Nicolai und gegen dessen ganze Familie, so lange bis Keiner von ihnen mehr am Leben sei.!!!

Der Geheime-Rath von Grunenthal und ich, wir waren über einen solchen Zustand von Heftigkeit und Wuth aufs Tiefste erschüttert. — Wir ließen uns zu Bitten herab. — Alles umsonst. Krieg, tödtlicher Krieg, Vernichtung des Nicolai, wenn er nicht seine Anstifter bekennt. Dies waren die letzten Worte, mit denen der Herr General-Auditeur uns endlich ganz abgespannt, betäubt, verwirrt und trostlos über diese so langwährende Trauerscene einer wüthenden Rachsucht von sich entließ.

In diesem Zustande von Niedergeschlagenheit begab ich mich zu S. Kgl. Hoheit, dem Prinzen von Preußen, Höchstwelcher sich sehr für Nicolai interessirt und demselben Gerechtigkeit widerfahren läßt; in wenigen Worten theilte ich ihm die schrecklichen Gesinnungen des Herrn General-Auditeurs gegen Nicolai mit ꝛc. Seine Königliche Hoheit betrübte sich sehr, und unterhielt sich, großen Antheil daran nehmend, einige Tage später darüber auch mit Sr. Excellenz dem Herrn Kriegs-Minister. Ich aber trat meine große Reise an. — Als ich vor einigen Jahren von derselben zurückkehrte, fand ich, daß Herr Friccius mit großer Pünktlichkeit seine Schwüre des Hasses, der Rachsucht, des Kampfes und der Verfolgung zur Vernichtung Nicolai's und der unglücklichen Familie desselben gehalten hatte, und daß solche bereits zur tiefsten Stufe des Elends und bis zur Verzweiflung hinabgesunken war, die übrigens noch viel düsterer werden kann! — Vergönnen Sie mir, wenn ich bitten darf, zu hoffen, mein Herr General, daß der Auditeur Nicolai durch ihre Gerechtigkeit baldigst seinem Amte hier in Berlin, seiner nützlichen Thätigkeit für den Staat und der Ruhe seines Geistes und Körpers wiedergeben werde, welche man ihm mit Ehre und Gesundheit nun schon seit langen Jahren geraubt hat.

Berlin, den 5. August 1840. gez. Spontini.

Ich bescheinige hierdurch, daß die hierin in Bezug auf die Unterredung mit Herrn General-Auditeur Friccius angeführten Umstände der Wahrheit gemäß sind.

Berlin, den 5. August 1840. gez. von Grunenthal,
Königl Geheimer Oberfinanz-Rath.

*II.* Die Supplik Spontini's an des Königs Majestät lassen wir der Kürze wegen weg, weil sie nur die im vorstehenden Schreiben mitgetheilten Thatsachen wiederholt. Wir lassen nun noch die Zeugnisse folgen.

Anlage *B. Copia.*

*Copia vidimata.*

*I.* Censurbericht zur Proberelation des Herrn O.-L.-G.-Auscultator Nicolai. Naumburg, 8/1 1820. *pu.* 8. Jan. 20.

Die Probearbeit des Herrn Nikolai ist in jeder Rücksicht sehr gelungen. Sie ist *in facto* so erschöpfend und vollständig, als genau und zuverlässig. Es sind darinnen Rechtskenntnisse und Rechtsansichten entwickelt, die sich nicht erst durch Nachschlagen ergeben haben können. Auch im Urtheile zeigt sich eine seltene Gewandheit, und Herr Referent hätte nicht leicht mehr Gelegenheit finden können, sich auszuzeichnen, als gerade in der vorliegenden Sache, welche zu den verschiedenartigsten Ansichten Veranlassung gibt.

Noch ist der sehr gediegene Geschäftsstyl des Herrn Nicolai um so mehr zu rühmen, als sich bei mehren seiner Herren Kollegen eine sehr tadelnswerthe Vernachlässigung der Sprache zuweilen zeigt.

Es gehört daher die vorliegende Proberelation unter die ganz vorzüglichen.

gez. Göschel.

Die wörtliche Übereinstimmung vorstehender Abschrift mit dem in diesen Dienst-Akten befindlichen Original-Protokolle wird *facta collatione* hierdurch attestirt.

Naumburg, den 4. Mai 1820. Der K. P. O.-L.-G.-Secretarius,

(*L. S.*) gez. Berthold.

*II.* Daß der seit dem 1. Juli 1817 als Auskultator, seit dem 14. Februar d. J. als Referendar bei dem hiesigen O.-L.-Gerichte angestellte Herr Gustav Nicolai aus Berlin während dieser Zeit bei den ihm aufgetragenen Arbeiten vorzügliche Talente, gründliche Kenntnisse und erlangte Übung in Rechtsgeschäften gezeigt hat, wird demselben auf Verlangen hierdurch bezeugt.

Naumburg, den 10. Mai 1820. Das Königl. Preuß. O.-L.-Gericht.

gez. Fr. Watzdorf.

Attest für den O.-L.-G.-Referendar Herrn Gustav Nicolai.

*III.* Sie haben bei Ausarbeitung Ihrer uns mit dem Bericht vom 10. Januar 1830 eingereichten Abhandlung über den Zustand der Militair-Justiz eben so viel Fleiß als Kenntnisse und Beurtheilungskraft an den Tag gelegt, und geben wir Ihnen gern unsern vorzüglichen Beifall und Zufriedenheit darüber zu erkennen.

Berlin, den 26. Januar 1830. K. P. General-Auditoriat.

gez. Friccius.

An
den Königl. Divisions-Auditeur
Herrn Nicolai hierselbst.

*IV.* Ihre unterm 10. Januar c. dem General-Auditoriat eingereichte Abhandlung, worin Sie mit wissenschaftlicher Kritik alle Zweige der Militair-Justiz beleuchten, hat für mich, als Mitglied der Militairkommission, ein vorzügliches Interesse, und fühle ich mich daher Ihnen zum besondern Dank verpflichtet.

Ich hoffe, davon bei meinen Arbeiten den nützlichsten Gebrauch zu machen.

Berlin, den 26. Januar 1830. gez. Friccius.

An
den Königl. Divisions-Auditeur
Herrn Nicolai hierselbst.

*V.* S. Majestät der König haben auf den von uns für das Jahr 1829 erstatteten Jahres-Bericht, in welchen wir Sie wegen Ihres Fleißes und gelieferten guten Arbeiten namhaft gemacht haben, mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 28. April *c.* uns zu befehlen geruht, Sie deßhalb zu beloben.

Berlin, den 30. April 1830. K. P. General-Auditoriat.

gez. Friccius.

An
den Königl. Divisions-Auditeur
Herrn Nicolai hierselbst.

In Nro. *VI.* und *VII.* läßt der König dem Nicolai seinen Dank zu erkennen geben für ein ihm überreichtes Exemplar eines Oratoriums und der bekannten Reise nach Italien.

*VIII.* Ew. Wohlgeb. theile ich das vom Militair-Ökonomiedepartement auf meine Verwendung vom 6. v. M. erhaltene Antwortschreiben anliegend abschriftlich

mit und freue mich, durch jene Verwendung eine Gelegenheit gehabt zu haben, Ihnen meine aufrichtige Anerkennung Ihrer in der Immediat-Commission zur Revision der Militair-Gesetzgebung durch That und Gesinnung geleisteten nützlichen Dienste und meine Ihnen deßhalb gewidmete Hochachtung bethätigen zu können.

Berlin, den 15. Oktober 1835. gez. v. Kamptz.

An
den Königl. Divisions-Auditeur
Herrn Nicolai Wohlgeboren.

*IX.* Ew. Wohl. kommunicire ich hierbei abschriftlich das von des Herrn Kriegs-Ministers Excellenz erlassene Schreiben mit dem Ersuchen, in Gemäßheit desselben baldmöglichst die von dem darin gedachten Vorschusse etwa noch bestrittenen Ausgaben zu liquidiren und den Rest an den Geheimen Kanzlei-Inspektor Meier in meinem Ministerium gegen dessen Quittung einzuhändigen.

Ich benutze übrigens gern diese Veranlassung, um Ew. Wohlgeboren auch schriftlich mein Bedauern zu bezeugen, daß bei dem nunmehr vollendeten Entwurf des Militairstrafrechts und dadurch erfolgter Berichtigung des Ihrer speciellen Bearbeitung übertragenen Theils der, der Immediat-Kommission zur Revision der Militair-Gesetze Allerhöchst gestellten Aufgabe, das Dienstbedürfniß Ihren Rücktritt in Ihre Amtsverhältnisse erfordert und Sie der Immediat-Kommission entzogen hat. Es gereicht Ihnen zur Ehre, daß Sie durch den angestrengten Eifer und den unermüdeten Fleiß, mit welchem Sie als Referent den Entwurf des Militairstrafrechts pflichtgetreu ausgearbeitet und der Immediatkommission eingereicht haben, Ihr Ausscheiden aus der Kommission und Ihren Rücktritt in Ihr Dienstverhältniß schon gegenwärtig möglich gemacht haben. Dies gereicht Ihnen um so mehr zur Ehre, als, wie auch bei der Revision sich bestätigt hat, der von Ihnen überreichte Entwurf erschöpfender und vollständiger ausgefallen ist, als die ersten der vielen Entwürfe anderer Gesetzbücher, an deren Revision ich Theil genommen habe. Ew. Wohlgeboren bezeige ich darüber, so wie überhaupt über den, während Ihrer mehrjährigen Theilnahme an den Arbeiten der Immediatkommission unausgesetzt bethätigten, beifallswürdigen Diensteifer, Ihren unermüdlichen Fleiß und Ausdauer und Gesetzkenntniß meine vollkommenste Anerkennung, mit der Versicherung, daß jede Gelegenheit, sie Ihnen zu bethätigen, mir willkommen sein wird.

Berlin, den 19. Januar 1838. gez. v. Kamptz.

An
den Königl. Divisions-Auditeur
Herrn Nicolai hier.

X. Dem Divisions-Auditeur Nicolai ertheile Ich auf seinen Wunsch nachträglich hiermit das pflichtmäßige Zeugniß, daß derselbe in der Zeit, als Ich das Kommando der 2. Garde-Division führte — vom Januar 1830 bis März 1838 — seine Amts-Geschäfte bei diesem Truppenkommando stets mit Eifer und Gewandtheit versah und bei allen Gelegenheiten die ehrenwerthesten Gesinnungen eines pflichttreuen Staatsdieners an den Tag legte.

Berlin, den 12. August 1840. gez. Carl, Prinz von Preußen.

Attest für den Königl. Divisions-Auditeur Herrn Nicolai.

Vorstehende Abschriften stimmen mit den mir vorgelegten Originalen wörtlich überein.

Berlin, den 18. Januar 1844. (*L. S.*) gez. Neumann, Korps-Auditeur.

Beilage *b.* *Copia.*

Bei dem Vortrage über die Immediat-Vorstellung, worin Ew. Wohlgeboren

unterm 13. November v. J. wiederholt bei Sr. Majestät dem Könige um Begnadigung und Wiederanstellung einkommen, haben Allerhöchst dieselben im Allgemeinen zu bestimmen geruht, daß Ihre Eingaben für die Zukunft unbeantwortet bleiben sollen.

Indem wir Ihnen diesen Allerhöchsten Befehl hiermit eröffnen, senden wir die, Ihrer Immediat-Eingabe vom 15. März v. J. beigefügt gewesenen Zeugnisse anbei zurück, wodurch zugleich Ihr an mich, den Kriegs-Minister, gerichteter deßfalsiger Antrag vom 1. December v. J. seine Erledigung findet.

Berlin, den 5. Januar 1844.

Der Kriegs-Minister,
gez. v. Boyen.

Der Justiz-Minister,
gez. Mühler.

An
den vormaligen Divisions-Auditeur
Herrn Nicolai Wohlgeboren hier.
12,258.

Wir theilen diese Aktenstücke, die uns von befreundeter Hand zugestellt wurden, ohne weitere Bemerkung mit; die Thatsachen sprechen für sich selbst. Wir halten es für eine der Presse obliegende Verpflichtung gegen den Leidenden und Unterdrückten, solche Thatsachen der Öffentlichkeit zu übergeben, und man wird uns dießmal wenigstens nicht, wie so oft, Schuld geben daß wir nur aus Parteiinteressen in das große Horn stießen. Denn man sieht, es handelt sich hier nicht um die Verfolgung eines Revolutionsmannes, eines Atheisten oder Kommunisten, sondern um einen sein Lebelang äußerst loyalen Mann, der nie in den Verdacht „subversiver oder destruktiver Tendenzen“ gekommen ist. Es handelt sich um einen Mann, der in das Elend gestürzt ist — und einem solchen wird jede Partei gern nach Kräften die Hand bieten. —. D. Red.

---

## Korrespondenzen.

### Hessische Auswanderer in Neu-York.

(** **Vom Mittelrheine,** 23. October.) Das neueste Wochenblatt der in Neu-York erscheinenden, „Deutschen Schnellpost“ liefert über die im letzten August aus Großzimmern ausgewanderten armen Gemeindeglieder einen Bericht, der in einem gelesenen deutschen Blatte wiedergegeben werden muß, damit die großherzoglich hessische Regierung über die Wahrheit der betreffenden Angaben eine Untersuchung anstellen zu lassen veranlaßt werden möge. America darf für uns kein Grab sein, auf dessen Stummheit sich bauen ließe. Der Correspondent der „deutschen Schnellpost“ nennt als seine Gewährsmänner zwei der Vertriebenen: Johann Obmann und Heinrich Brücher, welche bereit seien, ihre Aussagen zu beschwören.

Dieser Bericht lautet:

Die Zeiten wurden schlecht in Großzimmern. Die vorjährigen Ärnten waren ungünstig, und die diesjährigen drohten, abermals fehlzuschlagen.

Die Aussichten auf die Zukunft waren trübe. Nun hörte man seit längerer Zeit Vieles über Auswanderung nach America, und der Gegenstand hatte oft schon Stoff zu Unterhandlungen und Berathungen gegeben, als am Samstage vor Ostern der Gemeinde-Diener in Großzimmern, auf Befehl des Bürgermeisters, mit der Schelle im Orte herumging und die Bewohner aufs Rathhaus beschied. Dort war der Kirchenvorsteher D., der an der Stelle seines Vaters als Bürgermeister fungirte, und der Bevollmächtigte K., und diese erklärten der versammelten Menge, daß man sie berufen, um sich mit ihr hinsichtlich ihrer Lage und ihrer Zukunft zu berathen. Die Herren entwarfen zuerst ein Bild von dem Zustande der Dinge in Großzimmern und bemühten sich, darzuthun, daß derselbe nur schlimmer werden würde, wenn nicht dem Allen drohenden Unheile auf energische Weise vorgebeugt würde. Sie erwähnten demnächst, wie der Gegenstand schon seit längerer Zeit ihre Aufmerksamkeit in Anspruch genommen habe und wie sie zur Überzeugung gekommen seien, daß nur durch Verminderung der Bevölkerung — durch Auswanderung — allgemeines Elend vermieden werden könnte. Sie hätten zu diesem Zwecke schon vor längerer Zeit sich mit dem darmstädtischen Consul in America in Correspondenz gesetzt, und sie wären nun befähigt, allen denen, die auswandern wollten, dies unter höchst befriedigenden Bedingungen und Aussichten möglich zu machen. Die Gemeinde nämlich sei bereit, die sämmtlichen Reise- und Überfahrtskosten, Passagiergeld sowohl als Beköstigung, zu bezahlen, so daß die Auswanderer selbst dazu keinen Kreuzer beizutragen haben würden; und es sei ferner die Vorkehrung getroffen, daß bei ihrer Ankunft in America ein Bevollmächtigter der Gemeinde sie in Empfang nehme, für ihr Unterkommen sorge und ihnen passende Arbeit verschaffe.

So sprach der Ortsvorstand, und seine Worte wurden später von dem Kreisrathe des Kreises Dieburg als wahr verbürgt und bestätigt. „Geht nur, Ihr Leute“ — sagte dieser, als er gefragt wurde —, „geht getrost fort; für Euch ist gesorgt. Das Ministerium hat sich für Euch verwandt und Euretwegen mit dem Consul in America correspondirt; der wird sich Eurer annehmen.“

Die Proletarier fühlten ihr Elend und mußten einräumen, daß das Bild, welches man von ihrer Zukunft entworfen — blieben sie in Großzimmern —, getreu gezeichnet war. Sie glaubten den Darstellungen und Versprechungen der Behörde in Betreff ihrer Aufnahme und Unterstützung in America, und es ist also nicht zu wundern, daß sie sich ohne große Überwindung zur Auswanderung entschlossen. Die Meisten gingen frohlockend darauf ein, denn sie bot ihnen ja eine frohe, sorgenfreie Zukunft; Einige zögerten und wünschten, über mehrere Details beruhigt zu werden. Sie sprachen von ihren kleinen Habseligkeiten, Hausgeräth &c.; jedoch diese Schwierigkeiten wurden leicht beseitigt. „Was wollt ihr mit Euren alten Stühlen und Bänken?“ hieß es. Ihr findet Alles, was Ihr braucht, in America. Hausgeräth, Häuser, Land, selbst Geld soll Euch bei Eurer Ankunft in der neuen Heimath angewiesen werden. Ihr könnt dort eine kleine Colonie bilden, und in wenig Jahren werdet Ihr in einer besseren Lage sein, als wir, die wir zurückbleiben.“ Einstimmig war darauf der Beschluß, den Vorschlag des Ortsvorstandes dankend anzunehmen. Alle Proletarier stimmten für die Auswanderung nach America.

Die Vorbereitungen zur Reise waren bald beendigt, denn die Auswanderer hatten gar wenig in Ordnung zu bringen. Johann Obmann z. B. war 10 Gulden Hauszins schuldig; er gab sein Mobiliarvermögen in Zahlung, welches man ihm zu sechs Gulden anschlug, und die fehlenden vier Gulden mußte er auf andere Weise herbeischaffen. Seine Reisegefährten saldirten ihre Rechnungen ebenfalls, so gut sie konnten, und in ein paar Wochen waren Alle reisefertig.

Inzwischen hatte der Ortsvorstand einen Contract mit dem Kaufmanne Gaudenberger in Darmstadt abgeschlossen, wodurch sich dieser verpflichtete, 500 bis 700 Personen von Gernsheim nach Baltimore zu befördern, und zwar für den Preis von 71 Gulden für Erwachsene und 56 Gulden für Kinder von 1 bis 12 Jahren. Säuglinge unter einem Jahre sollten umsonst mitgehen. Bei diesem Contracte wurden die Emigranten nicht zu Rathe gezogen. Diese hatten einmal ihre Zustimmung zur Auswanderung gegeben und mußten sich nun gefallen lassen, wie man über sie verfügte.

Laut § 8 des Beförderungs-Contractes sollte die Einschiffung in Gernsheim zwischen dem 1. und 15. August geschehen, und diesem gemäß verließ der erste Transport, wobei Johann Obmann, Großzimmern am 31. Juli, Nachmittags 5 Uhr, und der zweite, wobei Heinrich Brücher, um dieselbe Stunde am 7. August, und beide kamen am folgenden Morgen gegen 2 Uhr in Gernsheim an, wo sie sofort nach dem eben von Mannheim eingetroffenen Dampfboote geführt wurden. Hier hatten sie einen Vorgeschmack von den Trübsalen, die ihrer harrten. „Wenn man so sein Vaterland aus Armuth auf immer verläßt, so hat man im Anfange keinen großen Appetit zum Essen“, sagte mir Obmann. Dennoch hatten Einige, namentlich die kleinen Kinder, Hunger nach der siebenstündigen nächtlichen Fahrt und verlangten Frühstück. Dafür aber war nicht gesorgt; am Bord des Dampfschiffes war weiter nichts, als Brod und Flußwasser; von Vorbereitungen zum freundlichen Empfange der Leute, der ihnen den Abschied von der Heimath hätte erleichtern können, war nicht die Rede. Die Mütter jammerten nach ein Bischen Milch für ihre Kleinen, oder nach einer Tasse Kaffee, oder nach irgend etwas Warmem — nichts von allem war zu haben! Diese Rücksichtslosigkeit empörte die Leute. Sie drohten, umkehren und nach Großzimmern zurückgehen zu wollen, wenn man sie nicht menschlicher behandle. Man entschuldigte sich, so gut man konnte, und wußte die Herzensschweren zu befriedigen, die sich denn auch bald wie die Schaafe an Bord führen ließen und stromabwärts fuhren. Den ersten Transport begleitete der Gemeinderath G. bis Rotterdam, den zweiten der Gemeinderath J. B. bis London, und so lange diese Herren zugegen waren, ging Alles so ziemlich, obwohl der Transport unter J. B. schon auf dem Rheine viel leiden, an den Ruheplätzen unter freiem Himmel schlafen und sich mit der ärmlichsten Kost begnügen mußte.

Im Beförderungs-Contracte mit dem Kaufmanne G. heißt es, daß die Seereise nach Baltimore „zu Rotterdam oder Antwerpen auf soliden, gekupferten Dreimaster-Schiffen“ werde angetreten werden. In Rotterdam angekommen hieß es, man habe, im Irteresse der Auswanderer, diesen Paragraphen dahin abgeändert, daß die Einschiffung nach Amerika nicht in einem Hafen des Continents, sondern von Liverpool aus, und zwar von dort nach Neu-York Statt haben solle, daß man in Neu-York bessere

Vorkehrungen für das Fortkommen der Auswanderer habe treffen können, als in Baltimore, und daß bereits ein Bote von Neu-York in Liverpool ihrer harre, der sie dort in Empfang zu nehmen und nach Neu-York zu begleiten wünsche. Dies waren die letzten Worte des Gemeinderathes G. an seine lieben Landsleute und gewesenen Nachbarn, und diese gingen nun unter Leitung eines Bevollmächtigten des Kaufmanns G., Namens Grill, weiter von Rotterdam über London nach Liverpool, wo bereits mit dem Correspondenten des americanischen Schiffes „Atlas“ eine Übereinkunft wegen der Überfahrt nach Neu-York getroffen war, laut welcher dasselbe für Passage und Beköstigung zwei Pfund und neun Schilling Sterling für den Kopf bekam. Der Transport unter Joh. B. war für das Schiff „Sardinia“ zu ähnlichen Bedingungen engagirt, und für eine kleine Anzahl der Leute hatte man Raum am Bord des „Montezuma“ besprochen.

Jetzt waren die Auswanderer im fremden Lande, und nun machte man wenig Umstände mit ihnen. Sie wurden wie das liebe Vieh durch die Straßen an Bord geführt, und hier gab der besagte Bevollmächtigte Grill den meisten der Familienväter — nicht allen — einen Wechsel, wie er es nannte, auf Neu-York, ging aber dabei sehr geheimnißvoll zu Werke, sagte Jedem, ums Himmels Willen vorsichtig mit dem Papiere zu sein, es gleich sorgsam wegzupacken, damit Niemand es sehe, und es nicht wieder herauszunehmen, bis er in Neu-York angekommen. Es gelang ihm, den Auswanderern eine hohe Meinung von dem Werthe des Papieres beizubringen. Sie folgten seiner Weisung und legten es als ein kostbares Kleinod bei Seite.

Aber der Bote von Neu-York, den ihnen der Gemeinderath G. versprochen, der sie in Liverpool empfangen und sie nach Neu-York begleiten sollte, war nicht da. Es war am Bord niemand, der Deutsch und Englisch verstand, außer einem deutschen Juden aus London, der aber mit dieser Auswanderung nichts zu thun hatte. Dieser diente als Dolmetscher; jedoch wie seine Übertragung der Wünsche und Klagen der Passagiere aufgenommen wurde, läßt sich aus dem Umstande schließen, daß ihre Wünsche nie befriedigt, ihren Klagen oft größere Entbehrungen und empörende Behandlung folgten.

Es ist noch einige Hoffnung vorhanden, daß das Verfahren der Schiffsmannschaft einer gerichtlichen Untersuchung unterworfen werden wird, und ich will deßhalb noch nicht ausführlich darüber sprechen; nur Einen Vorfall will ich herausheben und ihn den Mitgliedern des Ortsvorstandes in Großzimmern und dem Kreisrathe in Dieburg, so wie auch dem Kaufmanne G. und namentlich deren Frauen, wenn diese Mütter sind, zur Beachtung ans Herz legen, damit sie wenigstens hören, wenn auch nicht fühlen, welche Folgen ihr rücksichtsloses Verfahren gegen die armen Nachbarn gehabt hat. Die Tochter rechtlicher Eltern, ein ehrbares Mädchen, mußte sich den viehischen Lüsten eines Matrosen preisgeben, und die arme Mutter mußte es dulden. Das brutale Verfahren der Schiffsmannschaft wurde theilweise dadurch hervorgerufen, daß diese die Auswanderer nicht nur als Arme, sondern als Vagabunden, als Sträflinge betrachtete, welche keine Rücksicht verdienten. Wer der Schiffsmannschaft diesen Begriff von dem Charakter der Leute beigebracht, weiß man noch nicht; daß aber auch dafür der Gemeinderath in Großzimmern verantwortlich ist, liegt am Tage.

Sämmtliche erwähnte Schiffe kamen im Laufe voriger Woche hier an und brachten im Ganzen 615 Passagiere. Diese hofften, jetzt alle Trübsale überstanden zu haben, und sahen sich nun nach dem Bevollmächtigten der großzimmern'schen Gemeinde um, der sie hier empfangen, ihnen Wohnung, Hausgeräth, Speise und Trank, Geld und Arbeit geben sollte. Jedoch es kam Niemand! Sie zogen die ihnen in Liverpool gegebenen Wechsel heraus und fanden, daß sie auf Hrn. Speyer gezogen waren, der sie bei Vorzeigung prompt einlöſ'te, von sonstiger Unterstützung aber nichts wußte; er hatte von Niemandem Auftrag erhalten, irgend etwas Anderes zu thun, als jene Wechsel zu bezahlen. Diese beliefen sich, soweit sie von jenen 615 Passagieren bis dahin vorgezeigt wurden, auf 8484 12 Cent., also auf nicht ganz neun und siebenzig Cents per Kopf, und das war ihr ganzes zeitliches Vermögen! Sie suchten demnächst den darmstädtischen Consul und hofften, von ihm den versprochenen Schutz und Beistand zu bekommen. Jedoch auch er wußte von nichts; er hatte nie ein Wort vom großzimmern'schen Ortsvorstande, noch vom Kreisrathe in Dieburg, noch vom großherzoglichen Ministerium über diese Auswanderung gehört und hatte also natürlich weder Mittel noch Befugniß, als darmstädtischer Consul sich ihrer anzunehmen. Alles, was man den Leuten von einer Correspondenz, von einer Übereinkunft mit ihm oder irgend Jemand in Neu-York mitgetheilt und heilig versichert hatte, erwies sich als unwahr. Der Gemeinderath in Großzimmern nnd der Kreisrath in Dieburg sind Lügen gestraft, die von vorn herein nur einen Zweck im Auge hatten, nämlich den, sich der Proletarier zu entledigen, gleichviel, durch welche Mittel und auf welche Weise, und durchaus unbekümmert um deren Zukunft. Und was den Abscheu vergrößert, ist das Factum, daß die Gemeinde durch das Fortschicken der Proletarier nicht nur sich eine mögliche zukünftige Last vom Halse geladen und den Vereinigten Staaten aufgebürdet, sondern dadurch ein großes Eigenthum sich gesichert hat.

Die Gemeinde Großzimmern nämlich besitzt ausgedehnte Gemeindegüter, liegende Gründe, woran Alle, Reiche sowohl als Arme, gleiche Ansprüche haben. Als nun die Zeiten schlecht wurden, und keine nahe Besserung in Aussicht stand, da sprachen die Armen von einer Theilung dieser Güter, so daß Jeder seinen Antheil möge selbst bearbeiten und sich wenigstens Brodkorn möge verschaffen können. Dieses Ansinnen gefiel dem vermöglichen Theile der Gemeinde gar nicht. Die Gemeindegüter waren zu werthvoll, um sie auf diese Weise zu zerstückeln; viel vortheilhafter war es, dieselben — sich zu reserviren, und deßhalb sprach man von Auswanderung und veranstaltete diese, statt einer Theilung der Gemeindegüter. Man glaube also nicht, daß die Gemeinde durch Bezahlung der Transportkosten ihrer Proletarier ein pecuniäres Opfer brachte; im Gegentheile, diese gaben durch Entsagung ihrer Ansprüche auf die Gemeindegüter mehr als ein Äquivalent für den dem Kaufmanne G. bezahlten Passagepreis.

Die Passagiere des „Atlas" kamen am Montage den 14. d. M., die Passagiere der „Sardinia" am 18. an. Jene wurden am folgenden Nachmittage ans Land gesetzt. Zerlumpt, schmutzig, krank, verhungert lagen sie da, als die Nacht heran kam, und verzweifelnd schrieen sie nach Hülfe. Da führte der Himmel einen der Polizeibeamten vom 2. Ward, Melchior Friedrich Behrle, gegen Mitternacht in die Nähe der Unglücklichen. Er

hörte das Jammergeschrei und überzeugte sich bald von der schrecklichen Ursache. Er griff in die Tasche, kaufte Brod und heißen Kaffee und sorgte demnächst für Obdach; und die Armen erkennen mit Thränen im Auge, daß Behrle Manche von ihnen vom Hungertode rettete. Am Mittwoch wurden sie sämmtlich nach dem Armenhause gebracht, wo sie sich noch befinden. Die Passagiere der „Sardinia" sind noch am Bord. Man beabsichtigt, sie nach dem Innern zu schicken. (Köln. Ztg.)

Es konnte nicht fehlen, daß die Publikation von so schreiender Willkühr und Grausamkeit Entgegnungen hervorrief, welche den Gemeinderath von Großzimmern im Ganzen und die Angegriffenen im Besonderen in Schutz nehmen, und nicht genug von dessen uneigennützigen Motiven und Opfern in dieser Sache zu reden wissen. Zur Einleitung heißt es natürlich, um die Glaubwürdigkeit zu untergraben, immer, die beiden Referenten seien „übel berüchtigt", Taugenichtse, Arbeitsscheue und die Leute wären gern fortgegangen, weil sie hier so ganz verschuldet gewesen wären. Das mag sein; aber das reinigt den Gemeinderath von keinen Fall von den Vorwürfen, obgleich ich aus der Ferne nicht direkt behaubten kann, daß sie gegründet sind. Übrigens wäre das Manöver, daß eine Gemeinde auf diese Weise ihrer Armen loszuwerden suchte, nicht so einzig in seiner Art. Laut dem „Rhein. Beob." hat es eine Gemeinde in der Eifel eben so gemacht und sich nachher ebenso wenig um die Fortgeschickten bekümmert. Daß jene hessischen Auswanderer nichtswürdig und grausam unterwegs behandelt sind, wird auch von Liverpool aus geschrieben, und wenn der Gemeinderath von Großzimmern daran nicht direkt Schuld ist, so ist er wenigstens für die formell mangelhaften und ungültigen Kontrakte verantwortlich. So etwas mußte er kennen, wenn er sich auf ein solches Unternehmen einlassen wollte. Daß sich in Amerika Niemand um die ankommenden deutschen Auswanderer offiziell bekümmert, ist bekannt. In Brasilien noch weniger; dort geht es denselben gar jämmerlich. Aber die Sklavenhändler (von diesem Verdachte hat sich das Haus Delrue mit allen seinen Deklamationen noch nicht gereinigt) finden immer noch geneigtes Gehör bei den Leichtgläubigen. Sie setzen ihre Spekulationen noch eifrig fort; denn ihre Waare ist gesucht, weil in Brasilien ein Deutscher immer noch billiger zu stehen kommt, als ein Schwarzer! Wie lange werden wir unsere armen Landsleute noch hülflos dem Elend preisgeben! Wie lange werden wir uns noch befriedigt damit brüsten, wenn ein einzelner jener schurkischen, betrügerischen Agenten bestraft wird, und uns damit über den Mangel nationaler Maaßregeln zum Schutz der Auswanderer beruhigen! —.

---

(× **Aus Westphalen**, Anfang November.) — „Rechnungsbericht über die Verwaltung der allgemeinen Armenanstalt der Stadt Osnabrück vom Jahre 1845." —

Kann der diesjährige Bericht das allgemeine Interesse auch nicht in Anspruch nehmen, wie der vorigjährige, weil es der Wohllöbliche Magistrat der Stadt Osnabrück vorgezogen hat, bei seinem Leisten zu bleiben, und sich nicht an allgemeinen Fragen, deren Verständniß ihm zu fern liegt, die Finger zu verbrennen, so enthält er doch einiges Mittheilenswerthe. — Die Zahl der Armen beläuft sich nach den statistischen Angaben auf 773, also bei 12000 Einwohnern ungefähr 1/15 der Bevölkerung; außerdem beläuft

sich die Zahl der Familien, für die lediglich Schulgeld bezahlt wird, auf 34. Seit 1841 hat keine Vermehrung der Armen stattgefunden, ja ihre Zahl steht noch unter der von 1831. Solches läßt sich nur erklären in einer Stadt, wo es an jeder industriellen Regsamkeit fehlt, und sogar das alte Gildewesen noch im schönsten Flor ist. Unmöglich ist es übrigens nicht, daß sich die Armenverwaltung selbst das größte Verdienst davon zuschreibt. Folgender Passus spricht wenigstens für diese Vermuthung: „Möge es nie von uns vergessen werden, daß unweise Freigebigkeit in der Armenpflege am meisten die Armuth befördert, und daß eine der Hauptursachen, durch welche das gesegnete Italien eines der ärmsten Länder geworden, in der verschwenderischen Fürsorge für die Armen liegt." — Es ist recht bequem, sich die historischen Thatsachen so zum jedesmaligen Gebrauche zurechtzustutzen; man muß nur etwas besser auf seiner Hut sein, um nicht auf falscher Färthe ertappt zu werden. Wahr ist an dieser Behauptung nur, daß Italien verarmt ist; die ununterbrochenen Kriege und Parteikämpfe haben seinen Ackerbau vernichtet, die neuentdeckten Seewege zerstörten seinen Handel, und noch halten politische Zerrissenheit, verbunden mit schlechten despotischen Verfassungen und einem bildungsfeindlichen Glauben das Volk in Rohheit und Dummheit. Dazu sind die Bedürfnisse des Südländers so gering, daß er keiner großen Anstrengungen bedarf zu ihrer Befriedigung, das herrliche Klima ladet eher zu einem *dolce farniente* ein, als unser rauher Norden, so daß es in der That bei dem ungebildeten Lazaroni erst keiner „verschwenderischen Fürsorge" bedarf. Fürwahr, das Beispiel war schlecht gewählt. Für Osnabrück ist übrigens keine Gefahr, daß sich Jemand, durch leicht zu erlangende Allmosen gelockt, auf die Bärenhaut strecke. In den „Grundsätzen und Verhaltungsregeln für die Armenpflege" ist dagegen schon trefflich vorgebaut. Will man nicht Englands Beispiel (die furchtbaren Arbeitshäuser) nachahmen, so ist das Verfahren nach den dort aufgestellten Regeln gewiß das beste, um die Armen von jeder Unterstützungsforderung möglichst zurückzuschrecken. Die Unterstützungen werden nur als Vorschuß gegeben, welchen nach § 5 „der Empfänger, sobald er dazu im Stande ist, bei Lebzeiten wieder herstellen muß, oder welcher nach seinem Tode aus seinem Nachlasse eingezogen wird. Die Unterstützten sind verpflichtet, zu diesem Ende nach Ermessen der Armenkommission Hypotheken zu bestellen, Forderungen, namentlich die Todtenladengelder zu cediren, ihre Sachen inventarisiren, nöthigenfalls zeichnen zu lassen, dieselben für die genossenen Unterstützungen sofort in Zahlung zu nehmen ꝛc. — **Lediglich dem freien Ermessen der Armenkommission bleibt es überlassen, wo von Kindern oder andern Angehörigen die Pflichten gegen die verstorbenen Armen in vollem Maaße erfüllt, und Unterstützungen nur im äußersten Nothfalle erbeten sind, durch Überlassung eines Theils der Nachlassenschaft deren Treue zu belohnen."** Man hat es außerdem noch für nöthig befunden, es den Armen nochmals einzuschärfen, daß ihre Existenz nur von der Gnade ihrer wohlhabenden Mitbürger abhängt, vor denen sie sich gebührender Maaßen im Staube zu wälzen haben. Der § 1 heißt: „Die Armuth allein giebt Niemand ein unbedingtes Recht, öffentliche Unterstützung zu fordern. Vielmehr sind alle Unterstützungen von den Empfängern nur

als Gaben der freien Wohlthätigkeit zu betrachten, die durch redlichen und tadellosen Wandel verdient, und mit dankbarer Bescheidenheit angenommen werden müssen." Und nun nach all diesen gewaltigen Verklausulirungen und Präservativen beträgt die jährliche Unterstützung *per* Kopf 11 Thlr.; das Vermögen der Armen selbst leidet an der Schwindsucht, und hat bereits ein Defizit von über 11,440 Thlr. Die Einnahme belief sich im letzten Rechnungsjahre auf 19,405 Thlr. und besteht zur einen Hälfte aus den Zinsen des Vermögens (7549 Thlr.), aus gesetzlich bewilligten Strafgeldern, den Gebühren bei Beerdigungen und dem Überschuß der Arbeitsanstalt, zur größeren Hälfte aus freiwilligen Beisteuern. Die Spinnanstalt macht bei den niedrigen Garnpreisen schlechte Geschäfte; das Defizit betrug für 1845 Thlr. 382. — Wie überall, so ist auch hier die Zahl der unehelichen Geburten unter den Armen größer, als unter den Wohlhabenden. Unter den 89 unterstützten Müttern mit Kindern befanden sich 18 uneheliche, unter den 101 Pflegekindern und Lehrlingen 25 unehelich geborne. Das Verhältniß der in der ganzen Stadt einschließlich der im Hebammenhause erfolgten unehelichen Geburten ist nicht so groß.

---

(♂♂ **Aus Westphalen,** im November.) Eine der wichtigsten Fragen, welche jetzt das Publikum bewegt und aller Orten mit Recht eifrig diskutirt wird, ist die nach den gegenwärtigen und zu erwartenden Vorräthen und Preisen der Lebensmittel. Die Ansichten darüber sind natürlich verschieden. Während die Einen, wenn nicht wirklichen bedeutenden Mangel, doch wenigstens sehr hohe Preise befürchten, rechnen die Anderen ebenso zuversichtlich darauf, daß die vorhandenen oder die durch Zufuhr von außen her zu erwartenden Vorräthe ausreichen und daß die Preise bald sinken würden. Die Sache ist so wichtig, daß Jeder nach Kräften sein Scherflein zur richtigen Beurtheilung derselben beitragen sollte; nur muß man sich dabei auf unbefangene Beobachtung und auf unparteiische Mittheilungen stützen, damit man nicht nach kleinen unbedeutenden Einzelnheiten einen Fehlschuß auf das Ganze mache, damit man nicht von Spekulanten absichtlich irregeführt werde, damit man aber auch auf der anderen Seite nicht jede aus den Verhältnissen ganz natürlich hervorgehende Steigerung der Preise für eine bald vorübergehende Ausgeburt des "Wuchers" halte. Mit diesem Ausdruck ist man bekanntlich bei'm Kornhandel ebenso freigebig, als bei'm sonstigen Handel sparsam, obgleich das Alles "auf Eins hinauslaufen thut, nur daß die Redensarten etwas anders sein", wie jeder unbefangene Beobachter des Handels und Wandels unter der Herrschaft der Konkurrenz mit dem tapferen Kapitain Fluellen sagen wird. Die Entscheidung dieser Frage ist auch deßhalb so wichtig, weil darnach der passende Zeitpunkt zum Kaufen für die überall sich bildenden Vereine zu Beschaffung von Lebensmitteln bestimmt werden muß. Kaufen sie zu früh, so riskiren sie nutzlose Verluste und das Publikum wird von ähnlichen Unternehmungen abgeschreckt; kaufen sie zu spät, so müssen sie so hohe Preise zahlen, daß die Hülfe, die man den Armen bringen wollte, dadurch in Nichts zerrinnt, weil diese kein Geld für solche Preise haben. Vielleicht sind aber dann auch gar keine Vorräthe für den Augenblick mehr zu beschaffen und die Noth mit ihren furchtbaren Folgen bricht herein. —

Die Haubtnahrungsmittel nicht blos für unsere, sondern auch für jede

Gegend, Roggen und Kartoffeln, sind fast in ganz Europa entweder mißrathen oder haben wenigstens nur einen höchst mittelmäßigen Ertrag geliefert. Fast überall hat der Roggen zwar viel Stroh gebracht, aber wenig Korn geladen, so daß man z. B. in der Soester Börde, der Kornkammer Westphalens, achtmal so viel Garben, als in gewöhnlichen Jahren, auf einen Scheffel Korn rechnen muß. Die Kartoffeln sind zwar strichweise leidlich gerathen, dafür haben sie aber auch an andern Stellen kaum die Aussaat wiedergebracht; in Irland ist die Kartoffelärnte nach offiziellen Angaben ganz verloren. Gut oder wenigstens ziemlich gut gerathen sind durchschnittlich Wurzelfrüchte, Waizen und Buchwaizen. So viel man aber bis jetzt aus offiziellen und nicht offiziellen Mittheilungen schließen kann, bedürfen sicher Deutschland, die Schweiz, Belgien und Holland, Frankreich, Italien und England bedeutende Zufuhren, weil ihre eigenen Vorräthe nicht ausreichen. Dafür sprechen die in so vielen Ländern erlassenen Ausfuhrverbote.

Diejenigen, welche ein Herabgehen der Preise annehmen, rechnen vor Allem darauf, daß sehr bedeutende Zufuhren aus Amerika und Südrußland unterwegs wären, welche die Preise hier bald herabdrücken würden. Es ist wahr, daß der Waizen namentlich in Amerika und der Ukraine eine sehr ergiebige Ernte geliefert hat, daß wir bedeutende Zufuhr von da erhalten können. Aber werden die Preise dadurch niedriger werden? Schwerlich. Die Amerikaner sind gute Kaufleute und werden sich schon vorher von dem Stande der Dinge auf dem Kontinent unterrichten, ehe sie ihre Preise stellen. Gewiß ist, daß in New-York bis jetzt die Preise in die Höhe gegangen sind, daß viele Kornhändler jetzt gar nicht verkaufen, in der sicheren Erwartung einer weiteren Steigerung. Es kann ferner noch mancher Monat vergehen, ehe das Getraide aus der Ukraine auf den grundlosen Wegen, welche die russische Regierung laut der „Augsb. Allg. Ztg.“ dem Adel zu bessern verbietet, damit er nicht durch vermehrte Wohlhabenheit neue Mittel zu einer Revolution gewinne, bis an's schwarze Meer und von da bis zu uns gelangt. Die Transportkosten und die bedeutende Nachfrage, da fast alle Länder der Zufuhr bedürfen, werden also nothwendig die Waare in die Höhe treiben. Von unseren gewöhnlichen Kornkammern, aus Preußen und der Gegend von Magdeburg haben wir, wenn überhaubt, doch keinenfalls Zufuhr zu billigen Preisen zu erwarten; denn in Danzig, Stettin und Magdeburg kostet der Waizen ebensoviel, wenn nicht mehr, wie bei uns. Wenn die Verhältnisse des Großhandels in allen diesen Gegenden, welche die Kornpreise bestimmen und die Vorräthe liefern, sich so stellen, so ist es klar, daß ein einzelner Ankauf von kleinen Parthien zu einem leidlich geringen Preise, womit sich Mancher leicht über die drohende Theurung beruhigen läßt, auf das Ganze keinen Einfluß haben kann. Außerdem ist auch noch wohl zu bedenken, daß die ungeheuren Vorräthe, welche Amerika übrig haben soll, nicht bestimmt nachgewiesen sind. Wie ist es möglich, die Ernte in den ungeheueren Strecken der vereinigten Staaten so genau abzuschätzen, da das schon in England fast unmöglich ist, obgleich man zugeben wird, daß dort viel mehr Hülfsmittel zu solchen statistischen Nachweisen gegeben sind, als in Amerika? In Südrußland ist das noch viel schwieriger.

Man leitet ferner die Hoffnung auf billigere Preise aus dem Umstande ab, daß dieselben jetzt noch nicht übertrieben hoch wären, nicht höher, als im vorigen Jahre, daß sie also nothwendig sinken müßten, wenn die Bauern

ihr Getraide zu Markte brächten; diese pflegten erst um Weihnachten zu dreschen und hielten ihr Korn auch gewiß zurück. Nun, die Preise sind einestheils hoch genug; Kartoffeln 25 Sgr. bis 1 Thlr., Roggen 2 Thlr. 25 Sgr. bis 3 Thlr., Gerste 2 Thlr. 7 Sgr., Hafer 1 Thlr. 8 Sgr. Aber was das Schlimmste ist, auch diese Preise sind oft nur nominell und wenn Jemand erhebliche Vorräthe ankaufen will, so sind keine da. Ich fürchte, die Bauern halten ihre Vorräthe nicht zurück, sondern sie reichen nur höchstens für ihren eigenen Bedarf und haben nichts zu verkaufen. Wir müssen hier wieder auf Soest zurückgehen. Die dortigen Bäcker kaufen zu hohen Preisen, *weil sie müssen*, weil sie nichts auf ihren Speichern haben. Nur Wenige, welche stets baares Geld zur Disposition haben, besitzen noch Vorräthe; das rührt daher, daß die Knechte auf den Bauerhöfen eine Quantität Getraide auf dem Felde angewiesen bekommen und dieses möglichst rasch auch zu niedrigen Preisen gegen baares Geld abgeben. Natürlich reicht das aber nicht weit. Ebensowenig berechtigt uns der Umstand, daß im Bergischen, also in einem Fabrikdistrikte, die Preise kürzlich niedriger standen, als bei uns hier, zu der Hoffnung, die Preise im Allgemeinen herabgehen zu sehen. Diese Erscheinung erklärt sich einfach und hat auf das Ganze gar keinen Einfluß. Es hatten nämlich viele kleine Spekulanten am Rhein Getraide aufgekauft und schlugen dasselbe im Bergischen bald gegen einen nicht allzu großen Profit wieder los, weil sie des baaren Geldes bedurften.

Das Alles scheint mir leider zu beweisen, daß wir auf niedrige Preise nicht rechnen dürfen. Es fragt sich nun noch, ob wir wirklichen Mangel an Lebensmitteln zu befürchten haben. Wir wollen uns auch hier lieber auf Thatsachen verlassen, als auf das weise Sprüchlein: „Wenn Alles spart, tritt keine Noth ein.“ Dieser Spruch hat ohnehin wenig Inhalt; denn wo Nichts ist, kann man auch Nichts sparen. Auf keinen Fall aber wäre im Fall der Noth auch nur ein einziger Hungriger damit zu sättigen. Die Kartoffeln, wenn wir auch die Fäulniß, die sich stärker, als in anderen Jahren, zeigt, ganz außer Acht lassen wollen, obgleich die Nachrichten darüber aus Halberstadt, Preußen ꝛc. schlimm genug lauten, wie denn auch das Faß Spiritus bereits 42 Thlr., das doppelte des gewöhnlichen Preises, kostet, haben überall notorisch einen geringen Ertrag geliefert. Da diese nun aber das Haubtnahrungsmittel für die arbeitende Klasse namentlich sind, so folgt daraus, daß der Mangel derselben einen größeren Verbrauch anderer Lebensmittel bedingt. Welches soll sie ersetzen? Der Roggen? Auch der hat wenig eingebracht. „Aber, sagt man, der Waizen und der Buchwaizen, die sind so gut gerathen, daß sie Ersatz für alles liefern.“ So viel ich weiß hat der Buchwaizen nicht mehr, als eine Mittelernte geliefert und zudem scheint mir der Anbau desselben nicht verbreitet genug zu sein, als daß er etwaigem Mangel erheblich abhelfen könnte. Der Waizen ist der Quantität nach gut, der Qualität nach ausgezeichnet gerathen; er kostet dem Gewichte nach auch nicht viel mehr, als der Roggen. Aber wenn wir bedenken, daß er jetzt schon auf einzelnen Ökonomien angegriffen und statt des Roggens zum gewöhnlichen Brod verbacken, daß bei dem Mangel an Kartoffeln viel mehr Brod, als sonst, konsumirt, daß von dem lockeren Waizenbrod mehr genossen wird, als von dem festeren Roggenbrod, dürfen wir dann noch mit Grund darauf rechnen, daß der geerntete Waizen für die Bedürfnisse ausreichte? Ich glaube nicht. —

Somit scheint es mir wahrscheinlicher, daß wirklicher Mangel eintritt, als daß wir billigere Preise bekommen. Staat und Gemeinden sollten also meines Erachtens bei Zeiten sich mit Vorräthen versorgen, ehe es zu spät ist. Selbst den unwahrscheinlichen Fall angenommen, daß die Preise etwas heruntergehen sollten, ist nicht ein Verlust an Kapital leichter zu ertragen, als die wirklich eingetretene Noth? In manchen deutschen Ländern ist die Einfuhr freigegeben, und die Ausfuhr, in anderen das Branntweinbrennen von Korn oder Kartoffeln verboten. Wenn Mangel an Lebensmitteln mit Wahrscheinlichkeit zu befürchten ist, so rechtfertigt eine solche Maaßregel sich selbst; Noth kennt kein Gebot. Es ist das einer von den Fällen, wo der Staat des allgemeinen Wohls wegen sowohl die Freiheit des Eigenthums, als des Gewerbes beschränkt und aufhebt, obgleich das Eigenthum die Basis des Staates ist. Eine solche durch die Verhältnisse gebotene Maaßregel heißt Jeder, außer den dadurch Betroffenen, gut, ohne daß ihm darum der Kommunismus, der ebenfalls das Privateigenthum zum Wohle des Allgemeinen, durch die Verhältnisse der Gesellschaft, wie er sagt, gedrängt, aufhebt, weniger verhaßt und unausführbar schiene. Entschiedener Mangel ist allerdings das Schlimmste; aber Theurung, Arbeitslosigkeit oder ein Arbeitspreis, für welchen die nothwendigen Lebensmittel nicht zu beschaffen sind, ist wahrlich nicht viel weniger schlimm. Blickt nach Irland! Die Kartoffelernte ist vernichtet; andere Lebensmittel kann der Irländer nicht bezahlen. Der Arbeitslohn, den er bei den von der Regierung angeordneten öffentlichen Arbeiten erhält, beträgt 8 Pence und das reicht gerade hin, um den täglichen Bedarf an Mais für *eine* Person zu beschaffen! Was soll [illegible] aus Weib und Kind werden? Deßhalb durchziehen auch Schaaren hun[illegible]er Arbeiter mit Weib und Kind die Grafschaften und nehmen sich Lebensmittel, wo sie dieselben finden, den Kugeln der Soldaten und der zur Vertheidigung ihres Eigenthums sich waffnenden Bürger trotzend! Und doch strotzt Irland von überreichen Lords, und doch wird täglich Waizen *ausgeführt*, den die hungrigen Einwohner nicht bezahlen können. Die weise Nationalökonomie nimmt natürlich von solchen Kleinigkeiten keine Notiz und streckt sich behaglich auf dem Lotterbette ihrer Lehre von Nationalreichthum. Die „praktischen Männer“ bringen nach wie vor ihre stereotypen Phrasen vor: „Wer arbeiten will, der findet stets ausreichenden Verdienst“, und „es ist noch nie Jemand verhungert.“ Was soll aber aus einem solchen Zustande, aus diesem offenen Kriege des Hungers gegen den Besitz werden? Die „Times“, das Journal der besitzenden Mittelklassen, sagt geradezu, sie sehe kein anderes Mittel für Irland, als daß der Staat das Grundeigenthum wieder an sich nehme und es auf's Neue gerechter vertheile! Wie lange wird es noch dauern, bis England auf dem nämlichen Punkte ist? Wird die Noth diesen Winter dort nicht auch furchtbar werden? Die Baumwollenfabriken, welche die meisten Arbeiter beschäftigen, arbeiten schon nur noch halbe Zeit. Der Chartismus wird floriren.

Und wir, haben wir nicht alle Ursache, uns nach Kräften gegen die drohende Noth zu rüsten und möglichst vor ihr zu schützen? Die Eisenbahnarbeiten hören mehr und mehr auf; kommt ein strenger oder langer Winter, was wenigstens möglich ist, wovon sollen unsere Arbeiter leben? Und wenn irgend eine Konjunktur oder der jetzt schon sehr fühlbare Wassermangel in den Fabrikdistrikten die Fabrikherrn zwingt, ihre Arbeiten einzustellen

oder wenigstens einzuschränken, wovon sollen die brodlosen Fabrikarbeiter leben? Theurung ist für den, dessen Lohn nach gewöhnlichen Preisen bestimmt wird — und durch die Konkurrenz der Arbeiter unter sich finden sich immer solche, die lieber bei geringem Verdienste darben, als bei gar keinem betteln oder verhungern — ebenso schlimm, als entschiedener Mangel. Für den Allmosengenössigen, den Arbeitsunfähigen sorgt die Gemeinde, sagt man; aber des Armenvorstandes Mittel sind wieder nur für gewöhnliche Zeiten und meistens knapp genug zugeschnitten. Ich will heute den Schleier nicht von dem Jammer und Elend ziehen, welches hinter dieser „Versorgung“ grinzt. —.

---

**(Lemgo,** im November.**)** In meiner letzten Korrespondenz über die Nachtheile der Schlacht- und Mahlsteuer bemerkte ich, daß sich zwar schon mehre Stimmen für Abschaffung dieser Steuer ausgesprochen, daß aber der größte Theil der hiesigen Bürger für das alte System noch immer Partei ergriffe. Ich kann Ihnen indeß jetzt schreiben, daß erstere Partei an Zahl bedeutend zugenommen, so daß sie schon eine Petition um Beseitigung der bestehenden Steuer und Einführung einer Klassensteuer an das Stadtverordneten-Kollegium entworfen und in Umlauf gesetzt hat. Wir erwarten eine kräftige Befürwortung derselben von Seiten des letztern Kollegiums und wenn der Magistrat sieht, wie auf der Seite dieses die Vernunft ist, so wird er nicht anstehen können, auf jene gestellte Forderung einzugehen, selbst wenn er diesen Schritt mit Widerwillen thäte. Denn man glaubt allgemein, daß derselbe wider die Klassensteuer eingenommen sei, wenigstens wird dasselbe von den Chef desselben, dem Bürgermeister Petri steif [illegible] fest behauptet. Seine Abneigung gegen dieselbe möchte übrigens schon [illegible] aus erhellen, daß er als hiesiger Localcensor einer Schrift über denselben Gegenstand hartnäckig das *Imprimatur* verweigert hat. — Die von ihm angegebenen „Gründe“ waren ganz dazu geeignet, daß sie Veranlassung geben konnten zu dem bekannten „homerischen Göttergelächter“. Ich theile dieselben hier ausführlich mit, um diesem und jenem Leser zu seiner Erheiterung in diesen trüben November-Tagen einen kleinen Beitrag zu liefern: „Dieser hiebei zurückerfolgende Aufsatz,“ sagt die Resolution des Censors, „enthält mehrere unrichtige Angaben und da der Gegenstand desselben bei den betreffenden Behörden bereits berathen ist und noch weiter discutirt werden wird, so kann der Abdruck hier nicht gestattet werden. Es bleibt jedoch dem Verfasser unbenommen, seine Gedanken entweder dem Magistrat oder dem Stadtverordneten-Kollegium schriftlich mitzutheilen.
L. d. 21. Oct. 1846. Petri.“

Ich nehme mir zu einer kurzen Besprechung dieser „Gründe“ um so lieber die Zeit, als ein solches Censoren-Räsonnement gewiß zu den seltensten Pflanzen Deutschlands, Italiens und Rußlands, in welchen Ländern von Europa allein die Censur noch besteht, gehören dürfte. — *ad voc.* „mehrere unrichtige Angaben“. — Kann ein Censor rechtlicher und vernünftiger Weise aus diesem Grunde die Druckerlaubniß versagen? Nein: weil derselbe nur darauf zu sehen hat, ob eine Schrift dem Staate gefährlich werden könnte. Zudem wer würde dafür bürgen, daß der Censor auch jedesmal wüßte, was „unrichtig“ sei? was nicht?, da ja der Censor ebenso gut ein Menschenkind ist, wie jeder Andere, und „*errare humanum*

*est!*“ — Wenn derselbe ein solches Verfahren einschlüge, so würde er seine Stellung als Censor ganz verkennen und sich auf den Standpunkt des **Beurtheilers** stellen. Aber angenommen, die Gesetze legten dem Censor auch die Verpflichtung auf, auf „unrichtige Angaben“ zu passen und deßwegen eine Schrift vom Druck auszuschließen: wäre es dann nicht zugleich Pflicht desselben, diese „unrichtigen Angaben“ näher zu bezeichnen, damit der Verfasser sie allenfalls berichtigen könnte? und falls letzterer dasselbe nicht vermöchte, müßte da der Censor nicht durch Mittheilung der Berichtigung demselben zu Hülfe kommen? — In vorliegendem Falle begnügte sich der Censor die vage Behauptung, daß die Schrift „mehre unrichtige Angaben“ enthalte, in die Welt zu schicken und als er um nähere Angabe derselben gebeten wurde, blieb er — **stumm**. — Ich denke mir, es sei Sache des **Verf.**, ob er eine Schrift mit „unrichtigen Angaben“ in's Publikum bringe und er habe es allein zu verantworten — der Censor aber brauche sich nicht darum zu kümmern. — *ad voc.* „da der **Gegenstand** desselben **bei den** betreffenden Behörden bereits **berathen** sei und noch weiter discutirt **werden wird**.“ — Woher weiß der **Censor**, daß der Gegenstand von den Behörden berathen sei? steht derselbe als **Censor** mit letztern in Verbindung? Gott bewahre. Der Censor hat weiter nichts zu thun, als die ihm übertragenen Funktionen auszuüben, als das Censor-Amt zu verwalten. Der Censor ist ein Mensch, der vom Staate angestellt ist, um dem Mißbrauch der Presse, in sofern er sich in Angriffen auf denselben geltend macht, zu verhüten — er hat mit sonstigen Behörden und mit dem, was sie gethan, was nicht, nichts zu schaffen. Und es ist darum [illegible]h ganz ohne Bedeutung, wenn, wie hier der Fall, in dem Censor zu[illegible]h auch ein Theil der „betreffenden Behörden“ steckt — der *qu.* Censor ist nämlich — auf Lebenszeit erwählter Bürgermeister der Stadt. Der Censor mußte in vorliegendem Falle nur die Schrift im Auge habend seine zufällige Bürgermeister-Qualität vergessen, wollte er sein Amt als wohlbestallter Censor den Gesetzen und der Natur der Sache gemäß verwalten. — Aber sowenig der Censor mit den „betreffenden Behörden“ was zu schaffen hat, ebenso wenig die zu censirende Schrift. Für wen war dieselbe bestimmt? Für die Behörden? — Nicht im mindesten. Für das **Publikum** war sie geschrieben. Nun, dann hatte dieselbe mit den „betreffenden Behörden“ grade soviel zu schaffen, als der Consistorialrath und Professor der Gottesgelehrtheit, Herr **Hengstenberg** in Berlin mit der menschlichen Vernunft! — Es ist uns hiernach auch ziemlich gleichgültig, ob die Behauptung des Censors, „der Gegenstand sei bereits erörtert“, auf Wahrheit beruhe oder nicht, ebenso, ob derselbe, wie es in der zweiten Resolution heißt, die Erklärung, die Druckverweigerung betreffend „von Magistrats wegen“, als wenn der ganze Magistrat der Censor wäre, erlassen hat oder nicht, — soviel ist klar, daß er seine Stellung als Censor in dieser Sache ganz und gar verkannt hat. Aber gar zu naiv klingt die Erlaubniß, die derselbe dem Verf. ertheilt, „seine Gedanken schriftlich den Behörden mittheilen zu dürfen“ — als wenn sich das nicht von selber verstände! — Es giebt eine Macht in unseren Staaten, die sich einzig und allein Verstand und richtige Beurtheilungskraft beimißt, die das Beamtenthum als von der „Vorsehung“ zur Beglückung der „Unterthanen“ auserkoren betrachtet, die es darum höchst übel aufnimmt, wenn sich die „Unterthanen“

zu der Beglückungstheorie ein Wörtlein mitzusprechen erkühnen — das ist die Büreaukratie. Der Büreaukrat sieht es ungerne, daß seine „Untergebenen“ sich über ihre Staats- und Stadtsverhältnisse, Aufklärung zu verschaffen suchen, er glaubt, daß letztere seinetwegen in der Welt wären und nichts zu thun hätten, als zu — schweigen und geduldig das „Glück“, was er in seinem Büreau ersonnen, aus seinen Händen zu empfangen. Die Zeit der Büreaukratie aber geht auf die Neige: Der Bürger sieht ein, daß es seine Angelegenheiten sind, welche der Beamte verwaltet, daß der Beamte seinetwegen da ist — und darum bekümmert er sich um Staats- und Stadtangelegenheiten und will auch mitsprechen, wenn es diese Angelegenheiten betrifft. — Das mögen sich alle Büreaukraten und alle die, welche büreaukratisches Gelüste in sich verspüren, gesagt sein lassen. —

(×.)

---

Ein auswärtiges Blatt enthielt kürzlich folgende nur zu gerechte Beschwerde aus Köln:

„Die für den täglichen Unterhalt erforderlichen Victualien würden weit billiger sein, wenn auf dem hiesigen Markte sich nicht Mißbräuche eingeschlichen und unerlaubte Corporationen gebildet hätten. Die Mißbräuche bestehen vorzüglich darin, daß der Markt mit Tagesanbruch von einer Masse Vorkäuferinnen, meist in das Costüme der Bauersleute gekleidet, occupirt wird, während sie gesetzlich erst nach 10 Uhr Morgens erscheinen dürfen. Sobald nun die wirklichen Landleute auf den Markt kommen, werden die angebrachten Gegenstände unverzüglich von den Vorkäuferinnen aufgekauft, nöthigenfalls um jeden Preis. Der Preis wird nach dem Ankauf ohne Weiteres für den Detailhandel erhöht, und, um den Schein zu meiden, als seien sie vor 10 Uhr die Eigenthümerinnen, muß der Landmann bis zur besagten Stunde bei seiner verkauften Waare bleiben, für welche Bemühung er einen Theil des Gewinnes von den bis dahin zum erhöhten Preise verkauften Artikeln erhält. Nachdem es 10 Uhr geschlagen, und den Vorkäufern die Erlaubniß, auf den Markt zu treten, durch ein Zeichen mit der Glocke des Rathhausthurmes gegeben ist, geht die Theilung der inzwischen gekauften Lebensmittel vor sich, und hiebei macht sich die unerlaubte Corporation oder Vorkäufer-Innung Jedem sichtbar, indem die Vertheilung durch 40 — 50 Personen öffentlich bewirkt wird, und zwar geht dies Alles so von Statten, als wenn sie schon über die zu machenden Ankäufe sich verständigt hätten, ehe die Waare noch auf dem Markte war. Unter so bewandten Umständen kann nun der Consument selten aus der ersten Quelle, sondern fast immer nur aus der Hand des Vorkäufers kaufen, der, wie allgemein bekannt und oft genug beklagt, ansehnlichen Gewinn nimmt. Nachdem die Theilung geschehen, ziehen sich die Vorkäuferinnen zurück in ihre Lager, und umgeben von 40 — 60 Körben, gefüllt mit Kartoffeln, Gemüs, Eiern, Butter, Obst, und unterstützt von 6 — 10 Zöglingen, stehen sie als die Marktbeherrscherinnen da. Die Vorkäufer-Innung begnügt sich indeß noch nicht mit dem Terrain des Marktes, denn am frühen Morgen sendet sie ihre Emissäre vor die Thore der Stadt, und auf der Landstraße werden bedeutende und unbedeutende Zufuhren von Lebensmitteln angekauft, die, ohne auf den Markt zu kommen, hinlänglichen Raum in den Kellern der Vorkäufer finden. Diesen Operationen haben wir es lediglich zuzuschreiben, daß die Lebensmittel nicht

billiger sind. Es wird, das ist die allgemeine Ansicht, eine der ersten Pflichten des neuen Gemeinderaths sein, diesem Unwesen zu steuern, was indeß keine leichte Aufgabe sein wird." (Köln. Ztg.)

---

**(Aus Westfalen.)** Der frühere Garnison-Auditeur in Minden, jetzt Divisions-Auditeur in Danzig, Herr Markard, berichtet nun auch über "den ehrengerichtlichen Prozeß Anneke's" und zwar in seiner Weise, indem er sich, der in jenem Prozeß eine klägliche Rolle spielt, weiß zu brennen sucht, und die Thatsachen, die derselbe zur Öffentlichkeit bringt, in ein falsches Licht stellt. Er schildert sich in einer pietistischen Zeitschrift folgendermaßen: "Es ist in Minden und in der Umgegend allgemein bekannt, daß der Auditeur Marcard einen bedeutenden Einfluß, namentlich beim Bauernstande ausübte, und daß er nie, (?) weder in religiöser, noch in politischer Beziehung dem sog. modernen Liberalismus angehörte. Daß er z. B. die Aufhebung der hannoverschen Verfassung für rechtswidrig, und die Freiheit der Presse für wünschenswerth hielt, steht damit nicht in Widerspruch. Seine Schrift gegen die Emancipation der Juden, eine in drei Auflagen erschienene Erzählung, "der Bauernschinder", sowie mehrfache Mittheilungen in diesen Blättern zogen zuerst die Aufmerksamkeit auf ihn, und er wurde in allen den hiesigen Radikalen zu Gebote stehenden Zeitschriften systematisch angefeindet und verdächtigt. Am verhaßtesten aber machte er sich bei dieser Partei dadurch, daß er durch seinen persönlichen Einfluß, durch sein entschiedenes und nachdrückliches, auf die etwaige Gegenwart von Leuten der entgegengesetzten Richtung durchaus keine Rücksicht nehmendes Auftreten, den Einfluß, welchen Anneke und seine Anhänger sich vielleicht versprochen haben mochten, in Minden, wo freilich ohnehin kein besonderes günstiger Boden dafür war, gänzlich vernichtete." Herr M. stellt sein Auftreten auf seine Weise dar. Auch wir lieben es, wenn man seine Ansichten nachdrücklich und entschieden vertritt und wollen durchaus den "Rücksichten" nicht das Wort reden. Aber wir meinen zugleich, daß in Wahrheit Herrn M.'s ganzes Verhalten, sein pöbelhaftes Schimpfen an öffentlichen Orten gegen Andersdenkende z. B. gegen die Herren Meyer und Anneke, seine gemeinen Angriffe, sein Renommiren mit Insultutionen, die gar nicht stattgefunden hatten, seine Denunziationen endlich durchaus nicht unter die von ihm angezogenen Kategorien zu stellen sind. Herr M. hat andere Ansichten, als wir, von ehrenhafter Opposition gegen die Ansichten Anderer. So viel aber können wir versichern, daß Herr M. in Minden, namentlich unter der Bürgerschaft, nicht viel Lob eingeärntet hat. In Beziehung auf Anneke's Schrift sagt er: "Grund und Zweck dieser Schrift tritt klar hervor: es ist Haß gegen Marcard und dessen mit Nachdruck und Erfolg vertretene politische Ansichten, und das Bestreben, ihm sowohl in der öffentlichen Meinung, als auch in seinen amtlichen Verhältnissen zu schaden, seine Wirksamkeit zu lähmen, und ihn sowie vielleicht auch Andere von allen ferneren Oppositionsversuchen gegen den Radicalismus abzuschrecken, was freilich in Beziehung wenigstens auf Marcard, schwerlich gelingen möchte." Welch' eine Wichtigkeit sich dieser Mensch beilegt! — es ist horrend. Er mag sich beruhigen; er ist viel zu klein für den Haß, namentlich für den Haß einer Partei! Man weis't seine biderben Rodomontaden zurück, man deckt seine muthigen Denunziationen auf —

das ist Alles. — Aber was die Verdächtigungen und Verketzerungen deiner Persönlichkeit, du Hort des Throns und des Altars, betrifft, so kannst du die wohl verschmerzen in dem Gefühle, daß deine Wirksamkeit sich des Beifalls von Oben erfreut und daß du in Folge dessen — befördert worden bist.

□.

---

**(Zürich,** Ende November.) Heine sagt: „sprecht mit dem dümmsten Engländer über Politik, und er wird noch irgend etwas Gescheutes vorbringen; sprecht mit dem klügsten Engländer über Religion, und er wird eine Dummheit vorbringen!“ Das fällt mir immer ein, wenn ich hier über den Kommunismus reden höre; es wird freilich anderwärts auch nicht besser sein. Unter Kommunismus versteht man hier Theilung; die welche „den Kommunismus wollen“, sind Lumpen und Faullenzer, wer arbeiten will, braucht kein Kommunist zu sein, wer noch etwas hat, will es nicht sein, denn er könnte bei einer Theilung vielleicht weniger bekommen, als er eingelegt hat; hört man, wie in andern Ländern sich hie und da auch wohlhabende oder gar reiche Männer für das Princip des Kommunismus aussprechen, so sagt man: „ei ja! er hat gut den Kommunisten spielen, denn er weiß doch, daß der Kommunismus nie „eingeführt“ wird; ist's ihm aber Ernst damit, so mag er es durch die That beweisen und — sein Vermögen vertheilen!“ Schon solche Ausdrücke wie „die den Kommunismus wollen oder nicht wollen“, beweisen die tiefe Auffassung der Sache. Daß ein Princip sich durch die Consequenz des Denkens oder als natürliches Produkt und Resultat gegebener Zustände bildet und seiner Entwickelung und Erfüllung zustrebt, ohne dabei jeden Hans oder Kunz um seine Stimme zu ersuchen, davon mag ein praktisches Volk nichts wissen; auch fehlen hier zu einer solchen Ansicht die Prämissen. Das Denken ist der Politik unterthan, und eine Kritik sozialer Zustände ist nur thunlich und zulässig, insofern die Politik sie anstellt und in ihren Bereich zieht. Das geht auch vor der Hand ganz gut, denn die sozialen Zustände sind hier noch nicht der Art, daß sie unmittelbar durch sich selbst die Kritik hervorrufen oder vielmehr, daß sie selber schon die Kritik der Gesellschaft sind. Es gibt hier kein eigentliches Proletariat, nämlich ein solches meine ich, welches durch seine Massenhaftigkeit zum Bewußtsein seiner Lage und seiner Stellung getrieben wird; es gibt hier nur einzelne, hier mehr, dort weniger, Arme, oft sehr Arme in großer Anzahl, und noch Mehrere, die sich der Verarmung mit immer rascheren Schritten nähern, aber das ist noch immer kein Proletariat. Die Armen tragen ihr Schicksal, indem sie sich von der Gemeinde ernähren lassen; die Verarmenden und Dürftigen suchen den Grund ihrer Lage in politischen Verhältnissen und erwarten daher von solchen, indem sie es bald mit dieser, bald mit jener Parthei probiren, auch Abhülfe. Freilich oft auf eine sehr naive Weise. Ein zerlumpter Trunkenbold, der mich anbettelte, sagte mir, er sei immer liberal gewesen und habe doch von alle dem vielen Gelde, welches die liberale Regierung seit den dreißiger Jahren eingezogen, noch keinen Schilling erhalten, deßhalb sei er auch jetzt conservativ geworden. Als ich den rothnasigen Apostaten fragte, ob er sich dabei besser stehe, zuckte er die Achseln, und man sah es ihm auch an, daß ihm der Konservatismus bis *dato* noch nicht viel eingetragen hatte.

Wundere dich nicht über den liberalen, conservativ gewordenen Säufer.

Ich glaube, in keinem andern Lande ist die formell geschlossene Gliederung der politischen Partheien so tief in alle Schichten des Volkes eingedrungen, als in manchen Gegenden der Schweiz. Sogar die Polizei hat hier politische Gesinnungen, ja sogar oft oppositionelle; es gibt liberale Stadtpolizeidiener in Zürich, und conservative Landjäger, (die Kantonalpolizei). Das begreift ihr bei euch gewiß nicht, wie ein Staat bestehen kann, wenn die Gensdarmerie in der Opposition sich befindet. Jedes *Café*, jedes Bierhaus ist liberal oder conservativ, und der Eintritt eines bekannten Conservativen in ein liberales Bierhaus, oder umgekehrt, würde nicht viel geringere allgemeine Verwunderung erregen, als wenn es einem Proletarier einfiele, sich in seiner Jacke auf einem *bal paré* produciren zu wollen. Dieses exclusive Wesen ist aber in kleinen Staaten ganz natürlich; es ist dasselbe, wie es sich in kleinen Städten, namentlich in Deutschland, in einer andern Sphäre, in häuslichen und privaten Verhältnissen geltend macht, hier aber, wo Jeder sich seines Antheils an der Regierung bewußt ist, in der Politik. Dadurch erhalten denn auch die Schweizer Partheiungen, trotz dem, daß sie das ganze Volk durchdringen, etwas Coterieartiges; die Differenz der Principien tritt weniger hervor, und es gewinnt das Aussehen, als handele es sich nur darum, an's Ruder zu kommen und zu regieren. Das hat hier aber eine ganz andere Bedeutung, als wie etwa bei den Kämpfen der Whigs und Tories, oder gar bei den intriguirenden Coterien in Frankreich, wo Alles sich nur um die Portefeuilles und was dem anhängt, handelt, daher diese Streitigkeiten sich auch nur in sehr kleinen Kreisen bewegen und den Namen von Partheien nicht verdienen, wieviel sie sich auch mit hochtrabenden Phrasen von Freiheit, Nationalehre u. dergl. aufputzen, um sich außerhalb ihrer Clique Sympathien zu gewinnen. In Frankreich gibt es eigentlich nur eine politische Parthei, die Bourgeoisie, die um jeden Preis Aufrechterhaltung der Ordnung und ruhigen Genuß ihrer Macht will; ob Thiers oder Guizot Minister ist, darüber mögen die Deputirten sich zanken, das ist ihr gleichgültig, vorausgesetzt, daß die Chancen für Krieg oder Frieden, für Ruhe und Ordnung dieselben sind. Was in den untern Schichten der Gesellschaft vorgeht, das ist allerdings bedeutsam genug, hat aber mit den politischen Zänkereien nichts zu thun. Die Zeiten sind vorüber, wo wirkliche lebenskräftige politische Partheiungen die Herzen des französischen Volks durchbraus'ten; das waren die ersten Jahre nach der Julirevolution, wo die Losung war „Republik oder Monarchie", wo die todesmuthige Heldenjugend Frankreichs jeden Augenblick bereit war, das Schwerdt zu ziehen und sich mit glühender Lust für ihre Ideale zu opfern. Es war eine abstracte Illusion, dieser Republikanismus, aber es war eine Täuschung des Kopfes, nicht des Herzens, und nie hat eine reinere Begeisterung in der menschlichen Brust geglüht, als die, welche die Republikaner von St. Mery in den Tod trieb, eine Begeisterung, von welcher selbst das Aristophanische Lächeln Heine's verschwand und der wehmüthigsten Bewunderung und den erschütterndsten Schmerzenslauten wich. Diese Täuschungen sind zerstoben, und etwas ganz Anderes ist es, was sich jetzt im Schooße des französischen Volkes regt und sich um die Intriguen der Politiker von Profession nicht kümmert. In England sind es meistens bedeutende materielle Interessen — denn über die geistigen denken alle Partheien so ziemlich gleich — die sich gegenüber stehen, wie z. B. der Gegensatz zwischen Industriellen

und Grundbesitzern; die Tories sind nicht etwa so eine ahnenstolze Junker-aristokratie, sondern Leute, die ihre reellen Vorrechte, ihre Majorate, ihre Hochkirche u. s. w. mit aller Macht vertheidigen. Welche Principien den Schweizerpartheiungen zum Grunde liegen, tritt nicht so leicht und deutlich hervor, da alle Partheien im Kampfe weniger ihre eigenen Principien geltend zu machen suchen, als ihre Gegner anzugreifen, und zwar vorzugsweise die Handlungen und Personen, so daß es wirklich fast scheint, als handele es sich nur um die Regierungssessel. Es ist dieses aber durchaus nicht die gewöhnliche Ämtersucht, wie etwa bei den pariser Intriguanten; wenigstens kann nur der Ehrgeiz die Triebfeder sein, denn die an der Spitze der Partheien stehenden Männer müssen oft, indem sie die Staatsämter übernehmen, nicht unerhebliche äußerliche Opfer bringen. So war z. B. der jetzige Bürgermeister Dr. Furrer ohne alles Zuthun von seiner Seite durch die Lage der politischen Verhältnisse dazu genöthigt worden, seine Stelle anzunehmen, und er nahm, ohne reich zu sein, keinen Anstand, seinen sehr einträglichen Beruf als Advocat aufzugeben oder, wie die Schweizerblätter sich rhetorisch ausdrückten, auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen. Eine Uneigennützigkeit, die gegen die pariser Portefeuillenintriguen scharf genug absticht. Es ist wirklich ein Streben, seine Parthei zur herrschenden zu machen, an diesem Streben nehmen Alle Theil, und Alle fühlen sich durch ihren Sieg gehoben. Woher nun aber dieses allgemeine Partheiinteresse? was liegt ihm zum Grunde? Sind es Principien oder materielle Interessen, die sich gegenüber stehen? Bei dem praktischen Sinn der Schweizer ist ersteres ohne letzteres nicht gedenkbar. Dieses ist aber selten ein gemeinsames und großes Ganze, sondern gewöhnlich bunt zusammen geflickt, wozu Jeder seine Lappen beigetragen hat. Den Fabrikanten, den Kaufmann machen, außer seiner Überzeugung, Handelsconjunkturen liberal oder conservativ; der Bierwirth ist radical, zuerst aus thatkräftiger Überzeugung, und dann weil die Radikalen mehr zu Biere gehen, und weil er vielleicht hofft, daß unter der Herrschaft des Radicalismus sich liberalere Wirthschaftsgesetze geltend machen werden; der Schuster, welcher Stadtbürger ist, kämpft für die conservativen Principien, die er mit der Muttermilch eingesogen hat, und unter deren Herrschaft früher das Handwerk so herrliche Privilegien genoß. So hat Jeder so nebenbei sein Privatinteresse, und fühlt er sich darin von seiner Parthei verletzt oder sonst vor den Kopf gestoßen, so nimmt er keinen Anstand, zur Gegenparthei überzutreten, und das verdenkt ihm auch Niemand; der Vorwurf der Apostasie ertönt nur dann, wenn es ein bedeutender Mann ist und er bei der Gegenparthei eine Rolle spielt. Der Landbürger, falls nicht andere Interessen dazwischen kommen, ist überall radical, weil durch den Radicalismus die früheren Vorrechte der Stadtbürger gebrochen sind, und alle Cantonsbürger gleichen Antheil an der Regierung erlangt haben. Dieses ist überhaupt ein Punkt, der noch das allgemeinste Interesse hat, und von welchem aus sich die verschiedenen Partheibestrebungen am besten zusammen fassen und beurtheilen lassen, wiewohl die Begriffe „aristokratisch und demokratisch", wenigstens so weit sie sich in Verfassungsformen realisiren, das ganze Wesen nur sehr unvollkommen bezeichnen. Die Bewohner der Urcantone, welche die reinste demokratische Verfassung haben, lassen sich ganz gemüthlich von einigen Magnaten regieren und sind entsetzlich conservativ, so conservativ, daß sie sich lieber den Kopf abschneiden, als den Grind

davon herunter schaben ließen, während Bern, welches vor der letzten Verfassungsumänderung noch Wahlcensus, indirecte Wahlen zum Gr. Rath u. dergl. hatte, vor dem Freischaarenzuge an der Spitze der radicalen Cantone stand. Im Allgemeinen ist es, um es mit einer etwas abgedroschenen Phrase zu bezeichnen, die „Mündigkeit des Volks“, welche den politischen Kämpfen zum Grunde liegt, nämlich die gleiche Berechtigung Aller an der Regierung, gegenüber einer privilegirten Classe, welche das Regiment allein führen möchte, mag diese Classe nun aus Geistlichen bestehen, aus Stadtbürgern, aus Junkern, oder auch aus Dorfmagnaten — das Gemeindeleben hat sich in der Schweiz meistens eine bedeutende Selbstständigkeit bewahrt, am meisten in Graubündten, wo viele einzelne Gemeinden z. B. noch die Gerichtsbarkeit über Leben und Tod ihrer Gemeindebürger haben und überhaupt fast unabhängige Republiken bilden —, oder mag es blos eine künstlich gemachte und zusammen geblasene Clique sein, wie die Liberal-Conservativen in Zürich. Alle diese guten Leute, die sich selbst „Conservative“ nennen, vom Volk aber „Zöpfe“ titulirt werden, haben so nebenbei ein gewaltiges materielles Interesse für die Erreichung ihrer Zwecke. Die Stadtämter sind theilweise gut besoldet, und welch' eine schöne Zeit war es, wo die Stadtherren vornehm auf die Landbewohner herabsahen, wo die Patricier und Junker so patriarchalisch wie Beduinenhäuptlinge ihr Ländchen regierten; und wie bequem hatten es die zünftigen Stadtbürger, wenn kein Fremder sich als Meister in der Stadt setzen, und manches Handwerk auf dem Lande gar nicht getrieben werden durfte. So war es z. B. früher in Zürich, jetzt noch in Basel. Nun, sollte man nicht diesen schönen Zustand wieder zurück zu führen suchen? Diese *would-be* Aristokraten haben's nur schlimm, daß sie ihren Partheigehalt, ihre Zwecke, nicht so offen aussprechen dürfen, wenn sie nicht gänzlich bei dem Volke, ohne welches sie nun einmal bei der jetzigen Ordnung der Dinge nichts anfangen können, in Mißcredit kommen wollen; sie müssen, um dem Volke Sand in's Auge zu streuen, eben so stattliche Phrasen über Volkswohl, allgemeine Freiheit u. s. w. machen, wie die Radicalen, und dürfen dabei doch ihren Zweck nicht aus dem Auge verlieren. Sie kehren also einfach das Ding um und sagen, der Radicalismus strebe nach ausschließlicher tyrannischer Herrschaft, und um ihn beim Volke anrüchig zu machen, sagen sie, er führe nothwendig zum Kommunismus und Atheismus. Sie wissen zwar recht gut, daß die Radicalen von beiden eben so entfernt sind, wie sie selber, aber sie kennen auch die entsetzliche Angst des Schweizer Volkes vor beiden, und sie wissen, daß der Kommunismus ihm viel gräulicher erscheint, als das alte Zopfregiment. Daß sie nebenbei gegen Alles, was den Gesichtskreis des Volkes irgendwie erweitern könnte, gegen die Wissenschaft, Geistesfreiheit, allgemeine Volksbildung u. s. w. auf's eifrigste ankämpfen, wenn auch häufig nur versteckt, das versteht sich von selbst; eben so, daß sie Jesuitismus, herrschsüchtige Orthodoxie, patriarchalische Justiz u. s. w. aufs entschiedenste vertheidigen. Hier gilt kein Ansehen der Confession; die liberal-conservative Eidgenössische Zeitung erhebt ihre Stimme für die Jesuiten, und die katholische Staatszeitung jammert über die Verfolgung der renitenten Waadtländer Geistlichkeit und über den Sturz des „edlen Genf“. Sie wissen, daß im Schweizervolk noch viel religiöser Sinn herrscht, der bei geschickt berechneter Leitung wirksam für Partheizwecke benutzt werden kann, wie die Zürcher Revolution vom Jahr

1839 beweis't. Hiervon spricht man aber im Canton Zürich nicht gern; die Mehrzahl des Volkes schämt sich dieses Schwabenstreichs, den es übrigens durch die letzten Maiwahlen wieder gut gemacht hat. Auch die Anstifter desselben haben eben keinen Vortheil davon gehabt, namentlich der Landsturmgeneral B. Hirzel, der vor Kurzem Schulden halber hat durchbrennen müssen. Dieser moderne Zwingli von Pfäffikon schwärmte nicht bloß für die Reinheit des Dogmas, sondern auch für weibliche Schönheit, und er mußte seine Pfarrstelle aufgeben und seine folgsame Heerde verlassen, natürlich nicht wegen falscher Irrlehre, sondern weil die Ehemänner, Väter und Brüder nicht Lust hatten, stets Wache zu stehen. Darauf trieb er sich Schulden machend umher, kündigte an, er habe ein „Geschäftsbüreau" (was man bei uns Winkeladvocatur nennt) etablirt, und als dieses nicht zog, und er über und über in Schulden steckte, machte er sich heimlich davon und seine Gläubiger hatten das Nachsehen. Aber doch nicht so ganz; der fromme Mann hatte dafür gesorgt, daß seine Glaubensbrüder wenigstens einen kleinen Theil seiner Schulden bezahlen mußten. Er hatte nämlich seine gesammte Correspondenz, welche er mit seinen Glaubensbrüdern über den 6. September geführt hatte, versetzt und ohne Anstand 1200 fl. darauf erhalten. Die Gläubiger brachten mit den hinterlassenen Effecten des Flüchtlings auch diese Correspondenz zur Concursmasse und überließen es Jedem, der Lust hatte, sie auszulösen. Es müssen wunderbare interessante Dinge darin gestanden haben, denn es fanden sich alsbald etliche Herren, die mit den Gläubigern in Unterhandlung traten und die Correspondenz für schweres Geld an sich brachten, für 5000 fl. sagen Einige, andere sogar 12000 fl. Wahrhaftig, schönes Honorar, was die Herren für ihre eigenen Schreibereien zu zahlen hatten. Es geht doch Nichts über ein gutes Gewissen!

†††.

---

## Weltbegebenheiten.

### November.

**Preußen.** Die Bundesakte verheißt bekanntlich Preßfreiheit. In Folge „außerordentlicher Umstände" (die christlich-germanischen-burschenschaftlichen Demagogen, welche bekanntlich Herrn A. L. Follenius zum deutschen Kaiser erwählten, das Wartburgfest, die Ermordung Kotzebu's durch Sand) wurde aber die Erfüllung dieses Versprechens bald durch die Karlsbader Beschlüsse, welche provisorisch für 5 Jahre die Censur wieder einführten, aufgehoben und hinausgeschoben. Dieser provisorische Zustand besteht noch in Kraft, obgleich der betreffende Artikel der Bundesakte keineswegs definitiv aufgehoben ist. Wenn nun in einzelnen Ländern die Regierungen um endliche Verwirklichung der Preßfreiheit angegangen wurden, so beriefen sie sich darauf, daß sie ohne Vorgang des Bundes Nichts thun könnten. Die badische Regierung führte 1831 ein freisinniges Preßgesetz ein und mußte es auf Veranlassung des Bundes wieder zurücknehmen. Es scheint mir nicht zweifelhaft, daß die einzelnen Bundesstaaten, als souveraine Staaten, durchaus berechtigt sind, bei sich die Preßfreiheit einzuführen, wenigstens gewiß für innere Angelegenheiten, wie sie denn jetzt

auch z. B. in Oldenburg eingeführt ist. Man sagt zwar, die Natur eines Bundesstaates erfordere, daß die Presse bei allen seinen Gliedern gleichmäßig gestellt und behandelt werden müsse. Aber geschieht das denn jetzt, wo man den einzelnen Regierungen das Recht zur Befreiung der Presse bestreitet, weil man sich über eine gemeinsame Befreiung derselben nicht einigen kann oder mag? Keineswegs! Was die preußische Censur nicht beanstandet, das streicht die badische und was dieser unverfänglich scheint, das hält jene für geeignet, Mißvergnügen und Unzufriedenheit zu erregen. Daß in Österreich Artikel, die meinetwegen in allen 38 Vaterländern das *Imprimatur* erhalten haben, doch nicht gedruckt werden dürfen, brauche ich wohl nicht zu erwähnen. Ja noch mehr! Die Censur wird nicht einmal in einem und demselben Lande gleichmäßig geübt; was dieser Censor streicht, das läßt jener stehen und umgekehrt, wie man das oft genug sieht, wenn man Artikel aus einer preußischen Zeitung in einem andern ebenfalls unter preußischer Censur stehenden Blatte abdrucken lassen will. Das kann nicht anders sein, weil jeder Censor natürlich die Censur-Instruktion nach seinem subjektiven Ermessen, nach seinem Gefühl auslegt und handhabt. Es beweis't das aber die Unmöglichkeit, Preßvergehen so genau zu bezeichnen, und die Bestimmungen der Censur-Instruktion so präcis und bestimmt zu fassen, daß sie nur einer Auslegung fähig sind; es beweis't, daß durch Errichtung des Ober-Censur-Gerichts die Preßvergehen keineswegs auf festes Recht und Gesetz gesetzt sind, sondern daß sie immer noch der Beurtheilung des Gefühls, des subjektiven Ermessens, der Willkühr unterworfen bleiben, — wenn es überhaubt nöthig wäre, Alles das noch zu beweisen. Diesen Übelständen kann nur durch ein wirkliches, freisinniges Preßgesetz abgeholfen werden, welches für genau bestimmte Vergehen genau bestimmte Strafen festsetzt und die Ermittelung dieser Vergehen nicht den von der Regierung angestellten Richtern, sondern unabhängigen Geschworenen überläßt. Denn es ist zu befürchten, daß die Ansicht der Regierung, die in jedem politischen Preßprozesse als Partei auftritt, Einfluß auf die Ansichten der von ihr angestellten Richter gewinne und daß dann, wenn das Preßgesetz mit hohen Geld- und Freiheitsstrafen ausgerüstet ist, jedes freie Wort, jede lebendige Darstellung vollends unmöglich gemacht wird, weil die Existenz dadurch bedroht wird. Geldkautionen darf ein gutes Preßgesetz nie fordern; es hängt nicht von dem Besitze eines Kapitals ab, ob ich ein guter Journalist bin, ob ich die wahren Interessen des Volkes und des Staates fördern und sie dem Volke klar machen kann. Die Presse soll der Ausdruck der reinsten Überzeugung sein; sie soll nicht zur Sache des Kapitals, der Spekulation herabgewürdigt werden. Da nun, wie wir sahen, die Unfreiheit der Presse, die Censur, keineswegs nach gleichen Grundsätzen gehandhabt wird und werden kann, so ist nicht abzusehen, weßhalb zur Befreiung der Presse durchaus ein gemeinschaftlicher Beschluß des deutschen Bundes nöthig sein sollte. Indessen ist auch dazu jetzt die Gelegenheit geboten. Auf den Antrag Badens, dem fast alle kleineren deutschen Staaten beigetreten sind, wird der deutsche Bund nächstens über die Abfassung eines Preßgesetzes berathen müssen. Ich bin nicht sanguinisch genug, um zu erwarten, daß dieses Preßgesetz sofort den oben gestellten Anforderungen entsprechen werde. Ob aber überhaubt etwas bei dieser Berathung herauskommt, ob wenigstens der Anfang gemacht wird, gleiches Recht und Gesetz für die Presse in allen deutschen Ländern

zu begründen, wie schwer die Strafen für Preßvergehen auch wahrscheinlich ausfallen werden, das wird haubtsächlich auf die Haltung Preußens bei dieser Berathung ankommen. Unterlassen wir deßhalb ja nicht, dahin lautende Petitionen an die nächsten Provinzialstände zu richten, damit durch sie die Wünsche des Volkes an die Regierung gelangen, wie solche Petitionen schon an vielen Orten abgefaßt sind! Und möge die Regierung nicht vergessen, daß Preußens Größe nur hervorgerufen ist und nur erhalten werden kann, wenn es sich an die Spitze der geistigen Bewegung stellt und als Vorkämpfer derselben von allen deutschen Stämmen anerkannt wird! Möge sie bedenken, daß die Unzulänglichkeit der Censur von allen Parteien, die conservative nicht ausgeschlossen, anerkannt, daß Preßfreiheit die erste nothwendige Bedingung jeder freien Bewegung ist, daß die Preßfreiheit den öffentlichen Organen, auch denen der Regierung, erst Glauben erwirbt, den ihnen die Censur raubt, daß endlich außer den Deutschen nur noch die Italiener und Russen unter der Herrschaft der Censur stehen, daß in Dänemark die Censur auf bestimmte Zeit für Preßvergehen als Strafe über Zeitschriften verhängt wird! Sollen wir, die wir uns rühmen, auf der Höhe der wissenschaftlichen Bildung der Zeit zu stehen, die geistige Bevormundung, die anderswo eine Strafe ist, zum Gesetz erheben? —

Als die Rathskammer die Bürger-Kommission zu Köln, welche den Thatbestand der Ereignisse vom 3. und 4. August ermitteln wollte, außer Verfolgung erklärte, erhob das öffentliche Ministerium Opposition gegen diesen Spruch; indessen verwarf sie der Appellhof und bestätigte das Urtheil der Rathskammer. Ebenso wurde Herr Raveaux von der wegen seiner Broschüre über jene Ereignisse gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen, weil die Broschüre unter badischer Censur erschienen sei, welcher Umstand bekanntlich den Autor nach den Ansichten mancher Gerichte keineswegs vor der Verantwortlichkeit dem Staate gegenüber schützt. Neuerdings ist eine Kabinets-Ordre erschienen, durch die Kölner Ereignisse veranlaßt: „Öffentliche Bekanntmachungen bei Tumulten stehen nur den höchsten Militair- und Civil-Behörden zu. Sobald amtliche Bekanntmachungen erlassen sind, sollen alle Veröffentlichungen, welche derselben widersprechen und über den thatsächlichen Inhalt derselben hinausgehen, bis zur Publikation der richterlichen Erkenntnisse nicht zum Druck verstattet werden.“ Demnach würde man über solche Vorfälle Nichts erfahren, als was die Behörden unter die Leute kommen lassen wollen, und das ist in der Regel, wie auch in Köln, sehr wenig. Die mündliche Mittheilung, durch den gegenwärtigen vervielfachten Verkehr erleichtert, ersetzt zwar leicht den geschriebenen Buchstaben, gibt aber auch viel leichter zu Übertreibungen und falschen Darstellungen Anlaß. Wenn etwas geheim gehalten wird, so stellen die Leute sich leicht darunter Etwas Großes, Ungeheuerliches vor. Jenes Gebot wird sicher die Aufregung bei derlei Fällen viel eher fördern, als hemmen. —.

Noch immer laufen von allen Seiten her die Proteste der einzelnen Gustav-Adolphs-Vereine gegen die Ausschließung Rupp's ein. Nur wenige, z. B. die Barmer, sind rechtgläubig genug, um sie gutzuheißen. Die meisten sagen, der Verein sei kein dogmatischer, und man brauche nicht zu einer Landeskirche gehören, um evangelisch zu sein. Sehr wahrscheinlich wird eine Auflösung oder wenigstens eine Trennung der Vereine entstehen, wenn die orthodoxe pietistische Partei auf ihrem angemaaßten Rechte, das Glaubens-

bekenntniß der einzelnen Mitglieder zu prüfen und darnach ihre Zulassung zu entscheiden, beharrt. — In Halberstadt wurde der Bruder des bekannten Wislicenus, des Gründers der freien Gemeinde zu Halle, zum Pfarrer erwählt. Auf Verlangen des Konsistoriums mußte er die Predigten, die er im letzten Jahre gehalten, demselben einschicken und darauf hin verordnete es eine neue Wahl. Wahrscheinlich werden die Halberstädter auf ihrer Wahl beharren, wie die Gemeinde zu Nordhausen auf der Wahl Baltzer's von Delitsch beharrte. So mehren sich täglich die Konflikte zwischen dem strengen Autoritätsglauben und der Vernunft, dem menschlichen Wissen, und die freien Gemeinden zu Königsberg und Halle werden bald noch mehr Nachfolger zählen, als den Prediger Detroit mit der reformirten Gemeinde zu Königsberg. Die strengen Maaßregeln zur Aufrechthaltung der Autorität des Dogma's, welches dem Bewußtsein unserer kritischen Zeit nicht mehr entspricht, beschleunigen nur die Entscheidung. Der Glauben läßt sich den Völkern nicht mehr aufdrängen, wenn seine Wurzeln in ihren Herzen welk geworden sind. — In Königsberg ist auf speziellen Befehl des Ministers Eichhorn dem Verfasser des vortrefflichen, an einzelnen Schönheiten so reichen Drama's „Orla", Herrn Dulk, die Erlaubniß verweigert, als Privatdozent naturwissenschaftliche Vorlesungen zu halten. Herr Dulk spricht zwar in diesem Drama die philosophischen Ansichten Feuerbach's und die politischen der entschiedensten Radikalen mit poetischer Begeisterung aus; aber was in aller Welt haben diese Ansichten mit naturwissenschaftlichen Kollegien zu schaffen? Will man die Naturwissenschaften, welche bisher unbekümmert um die Aussprüche der Bibel ihre glänzenden Resultate erlangten, wieder der Autorität derselben unterwerfen, so ist das zwar die äußerste Konsequenz der strenggläubigen Orthodoxie, aber die freie wissenschaftliche Forschung ist damit zugleich vernichtet. Aus demselben Grunde mußte einst Galilei vor der Inquisition die Bewegung der Erde um die Sonne abschwören, welche er durch seine Forschungen kennen gelernt hatte. Und doch bewegt sie sich trotz alledem und alledem! —

Der Jahrestag der Einführung der Städteordnung wurde in mehreren Städten festlich begangen. Der Toast, welchen der Minister Eichhorn in Berlin ausbrachte, fand sehr wenig Anklang; überhaubt hatte die Feier dort einen sehr offiziellen Anstrich und die geladenen Minister, Generale und andere Behörden verließen den Saal gleich nach Beendigung des Essens. In Königsberg dagegen waren alle Trinksprüche der Ausdruck des dort herrschenden entschiedenen politischen Liberalismus. Magistrat und Stadtverordneten versprachen der Aufforderung nachzukommen, daß sie sich nicht wollten einschüchtern lassen in ihren Bestrebungen, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu wahren und zu erweitern. Der von der Festung zurückkehrende Literat Walesrode wurde von seinen Gesinnungsgenossen in Elbing festlich empfangen und die Königsberger werden ihre Freude über die Befreiung des geistreichen Humoristen, der mit die Seele der Bürgerversammlungen war, ebenso unverholen an den Tag legen. Nach dem Vorgange Königsberg's hat sich nun, wie schon früher in Breslau, auch in Berlin eine Bürgerressource gebildet. Ist sie auch zunächst nur für städtische Zwecke bestimmt, nimmt sie auch zunächst nur Bürger von Berlin als Mitglieder auf, so wird sie doch gewiß viel dazu beitragen, dem zerfahrenen

gesellschaftlichen Leben einen gesunden Kern und Gehalt zu geben. Dazu wird auch der neue Handwerkerverein unter dem freisinnigen Stadtrath Duncker das Seinige beitragen, der sich als Filialverein von dem unter Stadtrath Hedemann's Leitung stehenden abgezweigt hat. Die Beschwerden der Vereinsmitglieder gegen das Verfahren Hedemann's, welches ich schon gebührend würdigte, haben wenigstens den Erfolg gehabt, daß der Sekretair Langbein abdankte und daß etwaige Denunziationen wegen Überschreitung der Statuten nicht mehr an Hedemann zur gelegentlichen polizeilichen Benutzung, sondern an einen der Lehrer zur sofortigen Erledigung gehen. Das ist zwar nicht viel, aber doch etwas! In dem Verein werden die „Triersche, Königsberger und Breslauer Ztg.“ gehalten, während in dem unter Huber's Leitung stehenden pietistischen Vereine nur Mäßigkeitsblätter und die unsaubersten Organe der Reaktion, das Tippelskircher Volksblatt, der Königsberger Freimüthige u. dgl. aufliegen. Langeweile und Eckel werden hier hoffentlich eine Radikalkur hervorbringen. — In Posen hat die Regierung den jüdischen Stadtverordneten das Recht bestritten, den Landtags-Deputirten mitzuwählen. Die Versammlung hat aber darauf beharrt, daß die jüdischen Mitglieder ebenfalls ihre Stimme abgeben. Und mit Recht! Können Juden Stadtverordnete werden, so müssen sie auch alle Rechte derselben ausüben können. Ob die Regierung die Wahl anerkennen wird, ist noch nicht bekannt. — Außer Entlassungen von einigen wegen Verdachts der Theilnahme an der polnischen Verschwörung Eingezogenen, meldet man auch noch immer neue Verhaftungen und letztere scheinen leider zu überwiegen. Wann der große Prozeß endlich zur Verhandlung kommen werde, steht noch dahin. Einen schweren Verlust haben nicht nur die Armen in Posen, sondern die Polen überhaupt durch den Tod des edlen *Dr.* Marcinkowski erlitten. Er war ein Ehrenmann in jeder Beziehung, ein wahrer Patriot und verwendete sein reiches Einkommen theils zur Unterstützung der Nothleidenden, theils zur Verbreitung wissenschaftlicher Bildung, indem er arme Landsleute auf deutschen Universitäten studieren ließ. —.

Die Industriellen sind in großer Bewegung. Der Zollverein hat die Eingangszölle auf baumwollene Garne von 2 auf 3 Thlr. und auf leinene Garne von 5 Sgr. auf 2 Thlr. *pro* Centner erhöht, ohne einen Rückzoll bei der Ausfuhr der Fabrikate zu gewähren. Gegen diesen Beschluß haben nun die Türkisch Rothfärber des Wupperthales eine Vorstellung bei'm Finanzministerium eingereicht. „Unter diesen Umständen könnten die Rothgarne in Ostindien, wohin sie ihren bedeutendsten Absatz hätten, mit den Engländern nicht mehr konkurriren, da diese das baumwollene Gespinnst 20 Proc. billiger haben könnten. Die deutschen Spinnereien genügten für den Bedarf nicht; das westphälische Handgespinnst sei zur Leinenbandfabrikation nicht tauglich.“ Das mag Alles sein; diese Zölle sind in rein fiskalischem Interesse angeordnet. Sie schützen nicht gegen die englische Konkurrenz und sind nicht im Stande, neue Spinnereien hervorzurufen; dazu fordern die Spinner eine Erhöhung der Eingangszölle auf 5 Thlr. mit entsprechendem Rückzoll bei'm Export des Fabrikates. Das Freihandelssystem, welches Preußen im Zollverein bisher vertheidigte, hält die Industrie in der Schwebe, so lange sie nicht, wie die englische, stark genug ist, alle Konkurrenz siegreich zu bestehen. Es läßt die Industrie nicht zur vollen „Blüthe“

kommen, aber es entstehen dabei auch nicht so plötzliche, vernichtende Krisen. Schutzzölle dagegen, welche die Süddeutschen besonders vertheidigen, führen zur „Blüthe der Industrie"; mit dieser Blüthe ist aber, wie Sir **Robert Peel** sagt, in der civilisirten Gesellschaft der wachsende Pauperismus, das massenhafte Proletariat, wie es scheint, nothwendig verbunden; mit dieser Blüthe steigert sich aber auch die Macht der fabrizirenden Bourgeoisie, welche dadurch in England und Frankreich zur Herrschaft gelangt ist. Dieser Herrschaft der Bourgeoisie tritt aber das massenhafte Proletariat gegenüber, welches durch die der Bourgeoisie unentbehrlichen freieren politischen Institutionen, deren Vortheile sie dem Proletariate nicht ganz entziehen kann, zur Erkenntniß und zur Geltendmachung seiner Interessen gelangt. Dieser Entwickelungsgang ist der Gegenwart durch die Geschichte vorgezeichnet; die Industrie wird auch bei uns zur Blüthe und zu den Früchten dieser Blüthe gelangen. Wir ziehen jedenfalls die Entscheidung der Schwebe vor. Im Übrigen stehen die Interessen der verschiedenen Gewerbe in der gegenwärtigen Gesellschaft einander so feindlich gegenüber, daß es unmöglich ist, sie auszugleichen. Maaßregeln, die den Einen schirmen, ruiniren den Anderen. Ebenso verschieden sind die Interessen der Produzenten und Konsumenten. Für die arbeitenden Klassen ist die Frage der Schutzzölle und des freien Handels vollends unwichtig; die Konkurrenz der inländischen Fabrikanten unter sich hat für sie dieselben Folgen, als die Konkurrenz derselben mit dem Auslande, und die Konkurrenz der Arbeiter unter einander tritt bei der durch Schutzzölle geweckten Blüthe der Industrie ebenso sicher ein, als bei'm freien Handel. — Ebenso protestiren die rheinischen Industriellen gegen die Bevorzugung, welche Holland den Belgiern durch den mit ihnen abgeschlossenen Handelsvertrag vor den Zollvereinsländern eingeräumt hat; sie verlangen Differentialzölle gegen die Niederlande, um diese dadurch zu ähnlichen Konzessionen für den Zollverein zu bewegen. Die preußische Handelspolitik ist aber bisher den Differentialzöllen durchaus abgeneigt gewesen. — Die Aussichten für die arbeitenden Klassen sind namentlich in den Fabrikdistrikten auch abgesehen von der Theuerung der Lebensmittel trübe genug. In Gladbach forderte der Präsident der Handelskammer Bericht über die Aussichten zur Beschäftigung der Arbeiter für den Winter und Frühling. Es ergab sich, daß schon jetzt 6000 Webstühle still stehen, wodurch etwa 10,000 Arbeiter brodlos werden, und daß die noch Beschäftigten nicht bis zum März, sondern wahrscheinlich nur bis Ende Januar Arbeit finden würden. — Die Noth, die sich allenthalben fühlbar macht, tritt natürlich in den großen Städten am grellsten hervor, namentlich auch in Berlin und die öffentliche und private Wohlthätigkeit reicht trotz aller Suppenanstalten nicht mehr zur Abhülfe aus. Der Zustand der Kellerwohnungen in Berlin mit den feuchten, im Winter eisigen Wänden wird als furchtbar unerträglich geschildert. Und nun denke man sich in diesen Räumen Kranke, die den Arzt flehentlich bitten, ihnen doch Umschläge zu verschreiben, weil sie darauf in der Apotheke etwas Mehl bekommen, mit welchem sie dann ihren Hunger stillen! Aus Posen meldet man eine Masse von Diebstählen. Die Armen stehlen aus Noth, sie stehlen, um für den Winter ein Unterkommen im Gefängniß zu finden, und klagen bei der Freilassung bitter, daß man sie hülflos hinausstoße, daß sie wieder stehlen müßten, um ihre Existenz zu fristen! Wahrlich, es ist Zeit, radikale

Hülfsmittel gegen diese furchtbaren Mißstände anzuwenden, welche im Schooße der civilisirten Gesellschaft wuchern! —.

Auch in der Rheinprovinz sind jetzt „Gesindebücher" eingeführt, obgleich sich auf dem Landtage theilweise eine große Abneigung dagegen kundgab. Wozu sollen sie dienen? Sie sollen die „Herrschaften" vor unsittlichen, unredlichen Dienern schützen. Aber wer verbürgt das Zeugniß der „Herrschaft"? Sie gibt vielleicht aus Gutmüthigkeit dem schlechten Diener ein gutes Zeugniß; sie bringt vielleicht aus Kaprice oder Malice den besten und redlichsten Diener in Mißkredit. Auf jeden Fall räumt sie meiner Ansicht nach dem Dienstgeber eine nicht zu rechtfertigende allzu große Macht über den Dienstboten ein, dessen Loos, den Launen und Winken eines Anderen unterworfen zu sein, wahrlich schon hart genug ist. Ich sage mit dem Freiherrn von Stein, der gewiß kein Demokrat war: „Es bedarf keiner neuen Gesindeordnungen; man braucht nur die vorhandenen abzuschaffen." — Auch aus Breslau theilen die Zeitungen eine bedenkliche von der Polizei verfügte Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeiter dem Herrn gegenüber mit. In einer Kattunfabrik weigerten sich die Arbeiter, sich eine Verminderung ihres Wochenlohnes um 2 Sgr. gefallen zu lassen und legten die Arbeit nieder. Der Fabrikherr zeigte sie der Polizei an und auf die Verwarnung derselben mußten sie für den niedrigen Wochenlohn arbeiten. Wenn das Verhältniß zwischen dem Herrn und Arbeiter ein freier Kontrakt ist, warum kann ihn der Arbeiter nicht lösen, wenn ihm die Bedingungen des Herrn nicht mehr gefallen? Und wenn es Einer kann, warum können es nicht Alle? Warum hat der Arbeiter nicht das nämliche Recht, wie der Fabrikant, der die Arbeiter in Masse entläßt, so oft es ihm beliebt? Wo ist die Gränze, bis zu welcher der Fabrikant den Lohn herabsetzen und dabei des Schutzes der Polizei sicher sein darf? —

Die „Berliner Nachrichten" hatten gemeldet, daß die im Dezember fälligen Staatssteuern erst im März erhoben werden sollten. Das Wahre an der Sache ist, daß den Großhändlern, welche über 3000 Thlr. an Zöllen zu entrichten haben, von der Behörde ein um einige Monate längerer Kredit gegeben ist. Die „Allg. Preuß. Ztg." benutzt diesen Umstand, um auf die Unwahrheit der über die Finanznoth der Regierung umgehenden Gerüchte hinzuweisen. —.

Der Kriegsminister hat sich, wie die „Düsseld. Ztg." meldet, alle auf den Anneke'schen Prozeß bezüglichen Akten vorlegen lassen. In Folge dessen wäre der Auditeur Marcard vom Dienste suspendirt. Der Major Wegener in Minden, welcher haubtsächlich, den Beschwerden der 4 Offiziere vom Reserve-Bataillon gegenüber, für das Marcard'sche Festessen in die Schranken trat, hätte seinen Abschied genommen. Ich theile diese Nachrichten mit, ohne sie zu verbürgen. —

Der Regierungsrath Ehrenberg in Erfurt, welcher einer langjährigen grausamen Einsperrung seiner erwachsenen Tochter erster Ehe durch einige Aufsätze im Erfurter „Stadt- und Landboten" beschuldigt war, macht bekannt, daß er vom Gericht in der gegen ihn deßhalb geführten Untersuchung freigesprochen, daß dagegen der Verfasser jener Aufsätze wegen schwerer Verbalinjurien zu 6 Monaten Zuchthaus verurtheilt sei. Zur Ehre der Menschheit kann man sich nur freuen, wenn diese furchtbare Anschuldigung eines so unnatürlichen Verbrechens sich als unwahr erwies. —.

**Sachsen.** In dem gewerbfleißigen Annaberg rotteten sich neulich die Arbeiter zusammen, um ihrer Noth auf ihre Weise und nach ihrer Einsicht ein Ende zu machen. Natürlich richtete sich ihr Zorn gegen die äußerlichste Ursache der Noth, gegen eine Maschine, welche hier noch dazu nur in ihrer Einbildung existirte. Der Fabrikant Eisenstuck hatte seit längerer Zeit viele Arbeiter entlassen und wollte keine drillirte Fransen mehr kaufen; deßhalb glaubten die Arbeiter, er ließe dieselben durch eine Drillirmaschine anfertigen. Eines blauen Montags zogen 600 Posamentirgesellen vor seinem Hause auf und forderten die Auslieferung der Drillirmaschine. Als sie sich überzeugt hatten, daß keine im Hause war, zogen sie wieder ab. Nachher am folgenden Tage wurden wie gewöhnlich die guten Bürger zum Schutz die Eigenthums und der Ordnung aufgerufen, Magistrat und Bürger bekomplimentirten sich sehr über das Vertrauen, welches sie gegenseitig zu einander hegten, einige Arbeiter wurden verhaftet, als der kleine Tumult längst vorüber war u. s. w. u. s. w. — Die Versicherung der Buchhändler, ob sie verbotene Bücher hätten oder nicht, soll künftig als eine eidliche angesehen werden.

**Hannover.** In der dritten entscheidenden Berathung hat die *II.* Kammer den Paragraphen des Polizei-Strafgesetzes verworfen, nach welchem Kinder unter 16 Jahren statt der Gefängnißstrafe angemessen und entsprechend geprügelt werden sollten. Die Landstreicher vor Prügeln zu schützen, dazu hat sich die hohe Kammer nicht entschließen können. Heimathlos zu sein, ist schon schlimm genug; aber deßwegen geprügelt zu werden, — wie der arme Jude kürzlich, der durchaus keine Heimath auffinden konnte und deßhalb von einem Lande zum andern durch jene dunkle Macht, die man Schub nennt, transportirt, nachdem er vorher in jedem namhafte Prügel empfangen, bis endlich die Regierung des Skandals müde ihn nach Amerika schaffte — das ist doch noch schlimmer. —

**Hessen-Kassel.** Der Kriegsminister gab neulich den Ständen folgende offenherzige Erklärung: „Der den Ständen gegebene Nachweis über das Staatseinkommen sei keine Rechnungsablage, sondern eine einfache Ausgabenvorlage an einen dritten Interessenten. Stände könnten über Rechtswidrigkeiten klagen oder sich beschweren, dürften aber keineswegs gemachte und gebuchte Ausgaben streichen, für nicht gerechtfertigt, für zu dem bestimmten Zweck nicht nachgewiesen erklären. Dergleichen ständische Erklärungen seien wirkungslos und könnten die Ausgaben oder das Resultat der abgehörten und abgeschlossenen Rechnungen weder rechtlich noch faktisch stören.“ Aufrichtigkeit ist zwar eine schöne Tugend; es ist nur schlimm, wenn dadurch, wie hier, das ganze Steuerbewilligungsrecht eine pure Illusion wird. Sobald die im Ganzen bewilligten Summen zu einzelnen Posten verwandt werden können, die nicht unter die ständische Kontrole gehören, so ist die ganze Bewilligung unnütz. Es ist überhaupt Manches faul im Staate. Besonders veranlaßt durch die Unduldsamkeit der Regierung gegen die Deutsch-Katholiken stellte der Abg. von Hersfeld, Herr Sunkel, einen Antrag auf Herstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes. Er wollte freie Ausübung des Petitionsrechtes auch für die Staatsdiener, denen es mehrfach beschränkt worden war; er wollte die Übergriffe der Polizei beschränkt wissen, welche z. B. Unterzeichner der Petition um Gleichstellung der Deutsch-Katholiken vorlud und wie Schulbuben herunter-

putzte, welche von Postpraktikanten die Angabe der **Korrespondenten** des „Mannh. Journ.", also eine offenbare Verletzung ihrer Amtspflichten verlangte; zur Beseitigung dieser Übergriffe sollte ein Polizei-Strafgesetzbuch vorgelegt werden. Er forderte endlich Aufhebung der Unterdrückung des zu Hersfeld erscheinenden „Hessenboten" und Herstellung der Preßfreiheit laut § 37 der Verfassungs-Urkunde. Das waren sehr unbequeme Zumuthungen; deßhalb lös'te die Regierung die Ständeversammlung auf, nachdem sie sich die Steuern provisorisch bis Juni 1847 hatte bewilligen lassen.

**Hessen-Darmstadt.** Zum großen Ärger der alles Wälsche hassende Urteutonen bekunden auch die Rheinhessen dieselbe große Anhänglichkeit an die französischen Rechtsinstitutionen, welche bis jetzt alle Stämme, bei denen sie eingeführt waren, an den Tag legten, zum Zeichen, daß das Gute gut sei, möge es deutschen oder französischen Ursprungs sein. Überall werden Versammlungen gehalten und Petitionen unterzeichnet, um sich gegen die neue Gesetzgebung zu verwahren, welche das französische Recht aufhebt. In einer Petition an den Großherzog protestirten sie namentlich gegen die Abweichungen im Personenrechte, wo an die Stelle fester gesetzlicher Bestimmungen administrative Anordnungen treten sollten, gegen den **Zwang zur kirchlichen Ehe**, welcher geistlicher Anmaßung und Proselytenmacherei Thür und Thor öffnen würde, während sie jetzt doch fast Jeder neben der Civilehe schlösse, gegen die Übertragung der Vormundschaften an Beamte an der Stelle des Familienrathes u. dgl. Das Ministerium erklärte, der Großherzog würde derartige Petitionen nicht annehmen. Da nun Kollektiv-Petitionen an die Stände nur unter gewissen Bedingungen erlaubt sind, so schickte man sie an die einzelnen Deputirten. Indessen was hilft's? Die Herren **Aull**, **Glaubrech**, **Kilian** reden viel; aber die Rheinhessischen Deputirten sind in der Minorität; die Majorität besteht aus Althessen und noch dazu meist aus Beamten. Es ist nicht zweifelhaft, daß der vom Ministerialrath v. **Breidenbach** ausgearbeitete Gesetz-Entwurf im Wesentlichen angenommen werde.

**Baden.** Der Bruch zwischen den Juste-Milieus und den Radikalen dauert fort. In einer Versammlung der Radikalen zu Mannheim stellte **Hecker** den Antrag, daß die Wohlhabenden die Ärmeren mit an ihren Tisch ziehen und daß Genossenschaften gebildet werden sollten, in welchen die Arbeiter mit den Vereinsgliedern zusammen wohlfeile, einfache Mahlzeiten einnähmen. Die Anträge wurden angenommen, indessen werden sie wohl nicht so ganz wörtlich zu verstehen sein. Jedoch hat man, vorläufig für die drei Wintermonate, Speiseanstalten gegründet, in welchen ein Jeder für wenig Geld oder umsonst kräftige gesunde Speise erhält, ohne daß man weiß, wer bezahlt und wer nicht bezahlt. Derartige Anstalten sind das nützlichste und zugleich schonendste Mittel zur augenblicklichen Abhülfe der Noth; mir kommt es wenigstens erschrecklich brutal vor, wenn man die Armen durch besondere Kleidung, platte Särge und dgl. jedem kenntlich machen will; wenn es ginge, schriebe man es ihnen gern an die Stirn, was für Unterstützung man ihnen geleistet habe.

Der Oberstudirrath hat das Turnen nicht verboten, wie ich irrig berichtete; er hat nur die Theilnahme der Schüler an den Turnvereinen Erwachsener untersagt. Sonst hat er das Turnen sogar an den Schulen eingeführt, d. h. wenn die Gemeinden vor Wind und Wetter geschützte Turn-

hallen bauen. Sobald diese Kleinigkeit, die Nichts kostet als Geld, in's Leben getreten ist, so steht dem Aufblühen des Turnens nichts im Wege.

**Schweiz.** Baselstadt ist, wie das zu vermuthen war, den Anträgen der Liberalen beigetreten und wird nun gegen Jesuiten und Sonderbund stimmen. Mit schwerem Herzen mußten die sehr frommen Konservativen sogar beschließen sehen, daß die Zunftwahlen auch an einem Sonntage vorgenommen werden dürften. Sonach wäre nun also ein Zwölferbeschluß gesichert. Schon hat Österreich deßhalb von Graubündten verlangt, denselben nicht exekutiren zu helfen; sonst würde es dem Splügenerpaß seine Vergünstigungen entziehen und zudem nur das vertragsmäßige Quantum Korn aus Italien einlassen. Solche Drohungen sind zwar nicht sehr freundnachbarlich, aber doch noch weit von einer Intervention entfernt, an welche Österreich jetzt nach der Einverleibung Krakau's weniger denken kann, als je. — Der Freischaaren General Ochsenbein in Bern ist wegen seiner büreaukratischen Maximen von einer „starken" Regierung, durch welche er seine diktatorischen Launen ausführen könnte, mit den Radikalen, namentlich mit dem Volksvereine, zerfallen. Man spricht schon von einer neuen Revision und dann würde wahrscheinlich Herr Stämpfli, ebenfalls Mitglied der Regierung, eines der einflußreichsten Mitglieder des Volksvereins, Herrn Ochsenbein überflügeln. Stämpfli's Partei hat zwar ihren Kandidaten, den Freischäärler Pfarrer Weyermann gegen Ochsenbein's Kandidaten zum Staatsschreiber gewählt; aber die Rehabilitirung des Professors Snell hat der Volksverein noch nicht durchsetzen können. Wie es heißt will man eine freie Rechtsschule unter Snell neben der Universität bilden. — Ob in Genf die von James Fazy vorgeschlagene Verfassungs-Reform angenommen wird, ist noch nicht entschieden. Er will eine demokratische Verfassung nach Art der nordamerikanischen, Souverainität des Volkes und Konzentration der Regierungsgewalt in den Händen eines Präsidenten. — Die Jesuiten von Freiburg haben unter der Hand ein Kloster in Piemont angekauft. Wie es heißt, will man auch die frommen Väter von Luzern zu einem freiwilligen Abzuge bewegen. Man scheint dem Frieden nicht mehr zu trauen und dazu hat gewiß viel beigetragen, daß die Radikalen selbst in dem bigotten Kanton Schwyz es durchsetzten, daß die Koryphäen der Ultramontanen, Herr Abyberg u. a. nicht wieder gewählt wurden.

**Belgien.** Die Spaltung in der „Alliance" zwischen den gemäßigten Liberalen d. h. der liberalen Bourgeoisie und den eigentlichen Demokraten ist nun wirklich ausgebrochen. Als die Gemäßigten (Lebeau, Rogier) die von ihnen beabsichtigte Reform der Statuten, durch welche sie jedem Nichtwähler das Stimmrecht im Verein entziehen wollten, nicht durchsetzen konnten, traten sie aus und stifteten die „Association liberale", deren Organ der „Observateur" ist. Die Organe der Überreste der nun radikal-demokratischen „Alliance" sind die „Constitution" und das „Débat social." Die Kammerverhandlungen sind sehr langweilig bis jetzt; das Ministerium hat bei der Spaltung unter den sehr verschiedenartigen Elementen der Opposition ein leichtes Spiel.

**Frankreich.** Es bedurfte nicht erst der Überschwemmungen, um die Noth für dieses Jahr groß und drückend zu machen; es ist aber äußerst erbaulich anzusehen, wie die offiziellen Parteien, namentlich die Legitimisten, denen es auf eine Hand voll Louisdore nicht ankommt, dieselbe ausbeuten,

wie sie der christlichen Tugend der Wohlthätigkeit die weiße Kokarde anstecken. Als sich der Herzog v. Bordeaux, der legitimistische „König“ von Frankreich, mit der Prinzessin v. Modena verheirathete, spendeten beide den Armen 10—20,000 Fr. und die überreichen legitimistischen Herren (Pastoret, Noailles u. s. w.) öffneten bei dieser Gelegenheit ebenfalls gern ihre Beutel, wogegen die legitimistischen Blätter natürlich nicht unterließen, tagtäglich die Vorzüge der älteren Bourbons, ihre Freigebigkeit und ihre Liebe für das Volk in die Welt hinauszuposaunen. Die aus Barrikaden und Pulverdampf hervorgegangene Regierung ließ sich sehr deutlich merken, daß jene Heirath sie schwer ärgerte und daß jene Almosenvertheilungen ihr als politische Demonstrationen sehr bedenklich waren. Sie verbot sogar die Lotterie, durch welche Herr Larochejacquelin den Armen 10 Mill. Fr. verschaffen wollte (12 Mill. Loose zu 1 Fr., für 2 Mill. Fr. Gewinne ꝛc.). Aber all' diese wetteifernde eigennützige Wohlthätigkeit genügt natürlich nicht, um der Noth abzuhelfen. Der Munizipalrath von Paris hat 300,000 Fr. bewilligt, um den Preis des Brodes von 2 Kilogr. auf 80 Cent. für die Armen zu erhalten. Einmal ist dieser Preis schon sehr hoch und lastet am schwersten auf den Armen, die nicht öffentlich unterstützt werden. Wollte man aber jenen niedrigen Preis auch diesen zu gut kommen lassen, so würden 300,000 Fr. bei weitem nicht genügen. In Tours und der Umgegend ist es zu ernsten Unruhen gekommen durch Angriffe und Wegnahme von Kornwagen; in Boulogne, wo sich das Volk gewaltsam der Ausschiffung von Kartoffeln widersetzte, rückte Militair und Nationalgarde aus; der Unterpräfekt und mehrere Offiziere der Nationalgarde wurden durch Steinwürfe verwundet; nachher wurden natürlich mehrere Ruhestörer verhaftet. —

**Die Fabrikanten von Mühlhausen** hatten sich neulich versammelt, um der Freihandels-Agitation gegenüber einen Protektionisten-Verein „zum Schutze der National-Arbeit“ zu stiften. Aber siehe da! Herr Köchlin, einer der ersten Industriellen Frankreichs, erklärte sich für den freien Handel; seine Maschinen sind vollendet und seine Kapitalien groß genug, um die Konkurrenz des Auslandes nicht zu fürchten; er hofft im Gegentheil, seinem Antheil an der „National-Arbeit“ einträgliche auswärtige Märkte zu schaffen; die Anderen sind wahrscheinlich nicht so weit. Unter „Schutz der National-Arbeit“ verstehen natürlich beide Parteien Nichts, als „Schutz für den Verdienst des Fabrikanten“; darnach richten sie ihre Ansichten von der Nationalwahlfahrt ein. Das Verhältniß der Arbeiter bleibt immer dasselbe.

Das Tagesgespräch ist natürlich die Einverleibung von Krakau. Die nationalen Radikalen, der „National“, hegen zwar tiefe Sympathien für den Untergang des letzten Restes von Polen, aber sie jubeln zugleich über die durch diese Einverleibung erfolgte Zerreißung der Wiener Verträge und träumen schon davon, wie sie bei Gelegenheit wieder von dem Besitz ergreifen wollen, was sie damals aufgeben mußten. Als die Regierung drei polnische Blätter vor das Zucht-Polizeigericht lud, weil sie die von den Septembergesetzen vorgeschriebene Kaution nicht erlegt hatten, wurde sie bitter angegriffen, weil man früher aus der dem Unglück schuldigen Rücksicht nie nach der Kaution gefragt hatte. Es waren nicht bloß Engländer, welche behaubteten, Louis Philipp habe um den Schritt der nordischen Mächte

gewußt und in der Hoffnung eines einstigen Bündnisses mit Rußland seine Einwilligung dazu gegeben. Möglich; Herr Guizot sucht indessen das durch die spanische Heirath sehr erschütterte „gute Einvernehmen“ mit England wiederherzustellen und bietet Alles auf, um den schwer gekränkten Lord Palmerston zu einem gemeinschaftlichen Protest gegen die Einverleibung zu bewegen. Der heißblütige Lord meint aber, Frankreich, welches durch die spanische Heirath die Utrechter Verträge zerriß, habe kein Recht, gegen die Zerreißung der Wiener Einspruch zu erheben; er werde für England allein protestiren. Herr Guizot, der Nichts gewußt hat, thut sehr kriegerisch, will Hüningen befestigen und sonst energische Maaßregeln ergreifen, die natürlich die Sache selbst, das *fait accompli* durchaus nicht ändern. Zu alle dem hat aber Louis Philipp gar keine Lust. Er wird lieber Guizot fallen lassen, um vorläufig der englischen Regierung eine Konzession zu machen und dadurch vielleicht sein ersehntes nordisches Bündniß zu beschleunigen. Graf Molé ist nach Saint-Cloud berufen und man spricht von einem Ministerium Molé-Thiers.

**England.** Das Parlament ist bis zum 12. Januar prorogirt, ohne daß es weitere Maaßregeln zur Abhülfe der Noth in Irland und England getroffen hätte. „Der Platz der irischen Mitglieder, sagen die „Times“, sei jetzt zu Hause und nicht in der Kammer; ihre dringendsten Pflichten seien jetzt lokale und nicht staatliche.“ Das ist ganz richtig; aber wie helfen? Lord John Russel hat sich geweigert, die Einfuhr von Korn, außer der von Mais in Irland, ganz frei zu geben; sie könne nichts nutzen, weil von 500 Iren kaum Einer im Stande sei, Waizen zu kaufen. Unterdessen steigt die Noth in Irland furchtbar, und mit ihr mehren sich die Verbrechen und Gewaltthätigkeiten. In Slibbereen ist ein Arbeiter verhungert, weil er seinen seit 14 Tagen rückständigen Lohn, der durch ein „Versehen“ des Arbeitsamtes nach einem andern Bezirke geschickt war, nicht erhalten konnte. Der Ausspruch der Todtenschau-Jury lautete: Verhungert in Folge grober Fahrlässigkeit des Arbeitsamtes. In der Grafschaft Clare mußten die öffentlichen Arbeiten eingestellt werden wegen Einschüchterung der Arbeiter und Mißhandlung der Aufseher; beides ging von den Einwohnern aus, welche noch keine Beschäftigung gefunden hatten und welche der Lohn von 8 Pence doch nicht vor dem Hunger schützte. Der Lordstatthalter machte bekannt, die Arbeiten würden wieder beginnen, wenn der gute Sinn der Einwohner über die Ruhestörer obgesiegt habe. Nächtliche Einbrüche, um den Erlaß der Pacht zu erzwingen, werden von allen Seiten gemeldet. In Limerik wurde ein Pferd des Gutsbesitzers Frost erschossen, weil es Korn zu Markte brachte. In Belfast sind die Arbeiten der Linnenwebereien und Spinnereien so beschränkt, daß 10,000 Arbeiter 1/4 ihres Lohnes verloren haben. Und all' diesem Elend, diesen Gewaltthätigkeiten, diesem offenen Kriege gegenüber, mit denen man ganze Bogen füllen könnte, schreibt der „Globe“: „Die Preise weichen, die Vertheilung der Lebensmittel im Lande ist nicht mangelhaft, wir hören nicht, daß es irgendwo an Lebensmitteln zu erträglichen Preisen fehlt, sobald die Mittel zum Zahlen vorhanden sind.“ Da steckt aber eben der Haken; dieser Nachsatz hebt die aus dem Vordersatze hervorgehende Beruhigung auf, abgesehen davon, daß die Richtigkeit seiner Angabe nach anderen Nachrichten sehr bezweifelt werden muß. „Das Arbeitsamt dehnt seine Thätigkeit

aus; der Fall zu Slibbereen steht vereinzelt da.“ Das ist allerdings ein leidiger Trost, daß das Verhungern noch nicht die Regel ist. Die „Times“ sind aufrichtiger. Dieses Organ der besitzenden Mittelklassen Englands sagt gradezu: „Irland ist nur dadurch zu helfen, daß der Staat den furchtbar ungleich vertheilten Grundbesitz wieder an sich nimmt und neu vertheilt!“ Wie arg muß die Noth sein, wenn das Organ der Besitzenden einen solchen Satz mit seinen gefährlichen Konsequenzen aufstellt! Für England gibt es ihn natürlich nicht zu. Und doch wird auch hier die Noth furchtbar genug werden. In den Fabrikdistrikten von Lancashire, in Preston, Bolton, Manchester ist schon jetzt die kurze Arbeitszeit eingetreten, wodurch der Lohn der Arbeiter für den Winter um 30 — 40 *pct.* vermindert wird. Rechnet man dazu die sicher bald wieder eintretende Handelskrisis, so wird man voraus sagen können, daß sich bald wieder hunderttausende von Arbeitern um das Bänner des Chartismus schaaren werden, um der in diesem Hefte mitgetheilten Petition um die Volkscharte Nachdruck zu geben.

**Italien.** Zu Fano kam es zu einem Tumult gegen die Jesuiten, die man in Verdacht einer Verschwörung gegen den Pabst hatte. Das Volk demolirte das Kloster und mißhandelte mehrere Geistliche. Zu Rom hielten die Liberalen in einem Theater ein Festmahl, bei welchem man Toaste hörte, welche früher den Sprecher unfehlbar auf die Galeeren geführt hätten. Zum Beschluß zogen die Theilnehmer hinaus, um mehreren römischen Großen Vivats zu bringen. Es ist Sitte, daß diese dann entweder selbst sich zeigen oder Lichter auf den Balkon setzen lassen. Der Fürst Borghese unterließ beides und über diese Rücksichtslosigkeit erbittert brachte man ihm ein Pereat. Diesen einfachen Vorfall beuten nun die reaktionären Blätter auf das perfideste aus. Der „Rhein. Beob.“, welcher den Pabst sicher im Stillen schon lange für einen Kommunisten hält, erzählt äußerst scheinheilig, wie sehr diese Extravaganzen der Liberalen, die immer wiederkehrten, den Pabst erschüttert, und zur Einsicht gebracht hätten, daß er auf dem betretenen Wege einhalten und umkehren müßte. Hoffentlich ist aber Pabst Pius klüger und der Freiheit seines Volkes mehr ergeben, als derartige Blätter. Bis jetzt hat er solche Demonstrationen nicht wichtiger genommen, als sie sind, und sich nicht dadurch stören lassen. Kürzlich ist eine Kommission zur Verbesserung des Civil- und Criminal-Prozesses niedergesetzt. Das mag nöthig genug sein; die Schwerfälligkeit und Käuflichkeit der italienischen Justiz ist fast sprüchwörtlich geworden.

**Österreich.** So ist denn also die letzte Theilung Polens vollzogen! So ist denn also Krakau, die alte Stadt der Piasten, wo die Gebeine des edlen Kosciusko ruhen, auch dem Namen nach eine österreichische Provinz geworden! Der That nach war der kleine Freistaat, das traurige Schattenbild der einstigen Größe Polens, freilich längst Österreich unterworfen; selbst die halb französischen Gerichtsinstitutionen mußten nach österreichischer Praxis gehandhabt werden. Aber Rußland wollte auch den letzten Strohhalm, an den sich die Hoffnungen der Polen anklammerten, vernichtet wissen; deßhalb erklärte es kategorisch, der Freistaat müsse trotz der Wiener Verträge aufgehoben werden und wenn Österreich ihn nicht wolle, so werde es selbst zugreifen. Diese That verletzt mehr das Gefühl, als daß sie an der Sache etwas änderte; die scheinbare Selbstständigkeit

Krakau's konnte den Polen zu Nichts nützen, als zu unbesonnenen Emeuten, welche bei der gegenwärtigen Gestaltung der Dinge in Europa gar keine Aussicht auf irgend welchen Erfolg hatten. Ob die Einverleibung nach Recht und Gerechtigkeit, oder nach der Willkühr der Gewalt verfügt sei, darüber brauche ich wohl kein Wort zu verlieren. Preußen wird hoffentlich dafür gesorgt haben, daß die wichtigen Handelsbeziehungen Schlesiens zu Krakau nicht durch österreichische Mauthen gestört werden. Der König hat wenigstens der Breslauer Deputation beruhigende Versicherungen gegeben; es heißt auch, man wollte Krakau zu einer Freihandelsstadt machen. Indessen hat vorläufig ein Berliner Haus seine bedeutenden Cigarrengeschäfte in Krakau nicht machen können, obgleich festgesetzt war, daß noch 6 Monate lang Alles bei'm Alten bleiben sollte.

Von den unglücklichen Krakauer Insurgenten sind leider noch 3 Offiziere und 2 Unteroffiziere in Wadowice gehängt. Was aus Dembowski, dem Sekretair des Diktators Tyssowski und der Seele der ganzen Revolution geworden ist, weiß man nicht; wahrscheinlich ist er bei Podgorcze gefallen. In Gallizien ist die Ruhe noch immer nicht wieder hergestellt. Das Urtheil über die Theilnehmer an der Insurrektion soll auf Tod durch den Strang lauten. Man hofft auf Begnadigung. Ich weiß nur nicht, ob es Milderung zu nennen ist, wenn die Unglücklichen, wie jetzt 2 Fürsten M. und ein Mandatar B. zu 10 Jahren hartem Kerker verurtheilt werden. Harter Kerker! Das heißt nämlich unterirdische Gefängnisse, kümmerliche Nahrung und Stockschläge zu regelmäßigen bestimmten Zeiten, ich glaube alle Monat. Wer wird da nicht den Tod vorziehen? —

Eine echt österreichische Verordnung muß ich noch mittheilen, die zwar weniger tragisch, aber nicht minder verwerflich ist. Die Polizei hat den Buchbindern befohlen, die Überbringer verbotener Bücher festzuhalten, oder, wenn sie gute Kunden wären, sie wenigstens der Behörde anzuzeigen! Hofft der „große Staatsmann (Metternich), der die Geschicke Österreichs lenkt", wie die „Augsb. Allg. Ztg." zu sagen pflegt, durch solche Verordnungen die Zeit aufzuhalten und das Vertrauen des Volkes zu gewinnen? Eher wird durch die obenangeführten Urtheile der Glaube an Österreichs „Milde" befestigt werden! —

**Schleswig.** Die Schleswig'schen Stände verwahrten Schleswig's Selbstständigkeit gegen den „Offenen Brief" durch eine sehr lange und zahme Adresse an den König. Die Adresse wurde nicht angenommen und die Stände legten sie, unter Verwahrung ihres Rechts, Adressen an den König zu erlassen, mit großer Feierlichkeit in das Archiv. Um sich alle unangenehmen Erörterungen zu ersparen, definirte die Regierung, die schon früher die „Hamb. Neue Ztg." wegen mißliebiger Artikel verboten hatte, plötzlich einen Paragraphen der Landtagsordnung dahin, „daß die Stände vor Erledigung der Propositionen der Regierung auf keine andere Anträge eintreten dürften." Darüber entstand ein großer Sturm, Graf Reventlow erklärte, die Stände wollten sich nicht wie Schulbuben behandeln lassen, die ein bestimmtes Pensum abzuarbeiten hätten. Ein anderer sprach dem Königl. Kommissair Herrn v. Scheel alle Fähigkeit zu seinem Amte ab. Die Stände haben trotz Beseler's, des Präsidenten, Bemühungen den Antrag Gülich's, das Regierungssystem zu ändern und den Grafen Moltke zu entlassen, abgelehnt und das hätten sie schon der Konsequenz

wegen nicht thun dürfen. Dagegen haben sie den Antrag auf eine Verfassung mit entscheidender Stimme bei der Gesetzgebung und Steuerbewilligung, so wie auf Anschluß an den deutschen Bund mit allen gegen 2 und 3 Stimmen angenommen. Ein Berliner Korrespondent der „Köln. Ztg.“ belobt sie, „daß sie die Nationalität über die politische Freiheit setzten, da dieser Anschluß nur mit staatsrechtlichen Beschränkungen möglich sei.“ Der Korrespondent hätte lieber sein Bedauern über die Nothwendigkeit dieser staatsrechtlichen Beschränkungen aussprechen sollen. Sie raubt eben dem Kampfe der Schleswig-Holsteiner die rechte Freudigkeit, den inneren wahren Gehalt. Wenn es sich um solche Beschränkungen handelte, hat auch die Reaktion immer die Fahne der Nationalität aufgepflanzt, wie denn auch unter ihrer Leitung alle die guten und freien Institutionen, die uns die Franzosen gebracht hatten, von den Teutomanen jubelnd vernichtet wurden. Mir ist es gleichgültig, wo ich frei bin, wenn ich nur überhaubt frei bin. In der ersten Hitze läßt sich über so etwas hinweg sehen; aber fragt Lothringen, fragt den Elsaß, ob sie unter der Bedingung staatsrechtlicher Beschränkungen Lust haben, wieder deutsch zu werden. Übrigens will ich damit den willkührlichen Maaßregeln der Dänen natürlich nicht das Wort reden; überhaubt wird unter den obwaltenden Umständen in Schleswig-Holstein von staatsrechtlichen Beschräntungen durch den Anschluß an den deutschen Bund nicht sehr die Rede sein können. Aber der Kampf würde ein ganz anderes Ansehen gewinnen, wenn Schleswig-Holstein in dieser Beziehung von Deutschland etwas zu hoffen hätte. Wahrscheinlich wird auch die Schleswig'sche Ständeversammlung bald aufgelös't werden.

**Dänemark.** Die „Kjöbenhavnspost“ ist wegen ihrer Artikel über die Bauernbewegung zu 300 Thlr. Strafe, in die Kosten und zu 5jähriger Censur verurtheilt. In Dänemark, auf welches ihr so hoch herabseht, ist die Censur eine Strafe, in dem hochgebildeten Deutschland, dem Horte der Wissenschaft, ist sie die Norm! —. L.



## Anzeige.

Mit dem Jahre 1847 geht der Verlag des dritten Jahrganges des „Westph. Dampfboots“ an Herrn Buchhändler Crüwell in Paderborn über. Die Tendenz, der Umfang, die äußere Ausstattung, der Preis bleiben dieselben. Das Januar-Heft wird zeitig erscheinen. Buchhandlungen und Postämter nehmen Bestellungen an.

Die Redaktion.



Redacteur: Dr. Otto Lüning in Rheda.
Bielefeld. Verlag von A. Helmich. — Druck von J. D. Küster, Witwe.



